Monatsbericht über die Entwicklung in den europäischen Ländern der Volksdemokratie

August 1956

I. Polen

1) Politische Ereignisse — Seite:

a) GOMULKA völlig rehabilitiert — 1

b) CYRANKIEWICZ gibt Interview — 3

c) Keine Parteilisten bei kommenden Wahlen — 4

d) Verlorene Jugend — 5

e) Junge Kumpel vom Militärdienst befreit — 6

f) Erneute Verminderung der Streitkräfte — 7

g) Die Lage der deutschen Bevölkerung — 7

h) Die Helden sind müde ... — 8

2) Wirtschaft

a) Der alte und der neue Plan — 9

b) Halbjährsbericht mit Zahlen — 10

c) Rüstungsindustrie schafft Friedensproduktion — 12

d) Ein wirtschaftliches Verbrechen — 12

e) Büros werden Wohnungen — 13

3) Kultur und Soziales

a) Gewerkschaften ohne Vertrauen — 13

b) OCHAB "klärt auf" — 16

c) Beschäftigungsprobleme — 17

d) Ein betrogener Schriftsteller — 17

e) Hochschulen sollen selbständiger werden — 17

f) Gefängnisverwaltung durch Justizorgane — 18

4) Aussenpolitik

a) Zur Wiederaufrüstung Deutschlands — 18

b) KPD-Verbot in polnischer Sicht — 19

II. Die CSR

1) Gesamtüberblick — 20

2) Innerparteiliche Reformen — 23

3) Der zweite Fünfjahrsplan der CSR — 24

4) Um die Erhöhung des Lebensstandards — 24

5) Verkürzte Arbeitszeit — 25

6) Die Einbringung derErnte — 26

7) Kollektivierung 27
8) Dezentralisierungsmaßnahmen und die Nationalitätenfrage 28
9) Die KPCSR zum KPD-Verbot 29
10) Die KPCSR zur SPD 30
11) Handelsbeziehungen zu nichtkommunistischen Ländern 30
12) Berichte von Spätheimkehrern 31
13) Die Lage in den Grenzgebieten 31

III. Ungarn
1) Gesamtüberblick 32
2) Personelle Umbesetzungen, Freilassungen und Rehabilitierungen 32
3) Die Entwicklung zur "sozialistischen Demokratie" 35
4) Kollektivierung und Kulaken 37
5) Wirtschaftspolitik (Fünfjahresplan) 38
6) Außenpolitik
a) Die ungarisch-jugoslawischen Beziehungen 39
b) Die ungarisch-österreichische Grenze 40
c) Die Suez-Krise in ungarischer Sicht 40
d) KPD-Verbot 41
7) Die "Randsektoren" der KP 41
8) Anhang I 42
9) Anhang II 42

IV. In leidenschaftlichen Diskussionen 43
(Über die literarischen Diskussionen in den Ländern der Volksdemokratie)

I. POLEN

A. Innere Entwicklung

1) Politische Ereignisse

a) Wladyslaw GOMULKA rehabilitiert

Am 5. August 1956 veröffentlichte das Hauptorgan der PZPR "Trybuna Ludu" ein Kommuniquè über die Gespräche, die die Vertreter des Politbüros mit dem ehemaligen Parteichef GOMULKA geführt haben. Aufgrund dieser Gespräche hat man beschlossen, ihn wieder die Rechte eines Parteimitgliedeszu gewähren. Damit ist der jetzt 51-Jährige völlig rehabilitiert.

Teilweise war er schon ein paar Monate früher rehabilitiert worden, als der jetzige Parteichef OCHAB am 6. April d.J. auf einer Tagung des Warschauer Parteiaktivs feststellte, dass die gegen GOMULKA erhobene Beschuldigungen über Diversions- und Agententätigkeit unrichtig und unbegründet gewesen seien. Gleichzeitig aber wurde die politische Haltung GOMULKAs aus der Zeit vor seinem Ausstoß aus der Partei scharf verurteilt. OCHAB meinte wörtlich, GOMULKA und seine Anhänger wollten "ihre nationalistischen Bestrebungen der Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung gegenüberstellen und für die Aufrechterhaltung der damaligen (1948) gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfteverhältnisse in Polen eintreten". Diese Feststellung bedeutet eine klare Distanzierung, obwohl OCHAB einräumte, es sei ungerecht und falsch gewesen, GOMULKA zu einem Verräter zu stempeln.

Mit dieser Beurteilung seiner früheren politischen Linie war GOMULKA keineswegs einverstanden. Er verlangte zunächst, man solle ihm in den Spalten der Parteipresse die Möglichkeit geben, zu den Äusserungen OCHABs Stellung zu nehmen. Als man ihm dies verwehrte, hat er mit Empörung alle Vorschläge in den Wind geschlagen, ihn als Parteimitglied zu reaktivieren und ihm eine höhere Parteistellung anzuvertrauen.

Der Druck seitens der Vertreter der Parteispitze wurde aber mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt, bis GOMULKA seinen lang anhaltenden Widerstand aufgab. Man ist in Warschau der Meinung, die "Posener Ereignisse" hätten dabei eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Den immer der Sache des Kommunismus ergebenen GOMULKA hatte man dargelegt, seine Distanzierung käme nur den reaktionären Kräften in Polen zugute.
Dieser anhaltende Druck auf den ehemaligen "Ketzer" war um so erstaunlicher, da allgemein bekannt war, dass niemand im Parteibüro ernsthaft daran interessiert war, dass GOMULKA tatsächlich in Partei und Staat eine führende Rolle spielte. CYRANKIEWICZ - der die Rolle des am meisten exponierten Vertreters der Liberalisierungspolitik einnimmt - war von der Idee nicht besonders erbaut, GOMULKA in der Partei zu reaktivieren, da er in GOMULKA, der bei den

Massen immer noch sehr beliebt ist, einen gefährlichen Rivalen sehen musste, der ihn möglicherweise in der Gunst der Massen übertreffen könnte. Als GOMULKA noch der mächtige Parteichef war, war die politische Rolle, die CYRANKIEWICZ im Politbüro zugedacht war, recht bescheiden. Man hatte ihn zwar nach aussen hin als Ministerpräsidenten herausgestellt, aber in Polen wusste jeder, dass es nur geschah, um nach aussen hin die Parität mit der ehemaligen sozialistischen Partei Polens aufrechtzuerhalten. Lange Jahre blieb er nur eine Figur. Erst nach dem Tode STALINs konnte er seine Position nach und nach verstärken, und erst in den letzten Monaten konnte er sich als der Exponent der Tauwetterpolitik eine Position und einen Namen in Polen schaffen. Es ist mehr als verständlich, dass er nicht gerne dazu bereit ist, jetzt seine Position von einem Mann gefährden zu lassen, der gewissermassen als Vorläufer der jetzigen Liberalisierungspolitik gelten kann.
Genausowenig, allerdings aus anderen Gründen, wünschte sich OCHAB die Rückkehr GOMULKAs auf die politische Bühne Polens. Die ganze Entwicklung nach dem XX. Parteikongress beunruhigte OCHAB, und er hat sich oft genug - wenn auch mit wenig Erfolg - gegen die Liberalisierungswelle ausgesprochen. GOMULKA ist ein Mann, der dieser für OCHAB gefährlichen Politik einen neuen Aufschwung geben könnte, und OCHAB hat jetzt schon genug Sorgen mit den aktiven "Tauwetter-Politikern" in Polen.

Wenn diese zwei im Augenblick mächtigsten Männer Polens sich die Rückkehr GOMULKAs nicht wünschen, warum gibt man sich dann so viel Mühe, ihn zu überzeugen, dass er wieder in die Reihen der Partei zurückkehren soll?

Die Leute, die in Warschau an der Spitze sitzen, wissen ganz genau, dass die seit Monaten geführte Diskussion und Kritik eine tiefe Enttäuschung und Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zum Vorschein gebracht hat. Das Ausmass dieser Unzufriedenheit, die sich bei vielen Anlässen in krasser Form offenbart hat und sich in Posen in Form eines offenen Aufstandes äusserte, war für beide rivalisierenden Gruppen eine Überraschung. Auf die bewegten Wogen der öffentlichen Empörung versuchte man immer neue Fässer Öl zu giessen, aber die verfügbaren Mengen dieses Öles sind beschränkt. Einer der Hauptgründe für die Unzufriedenheit der Massen ist der menschenunwürdige Lebensstandard in Polen. Die derzeitige kritische wirtschaftliche Lage in Polen erlaubt den Warschauer Machthabern keine rasche Besserung der materiellen Lage für die Bevölkerung. Die Menschen sind aber - wie man das oft genug aus Polen hört - nicht bereit, länger zu warten, bis das "Morgen" eventuell die erwünschte Besserung bringt. Sie haben genug Versprechungen gehört und verlangen jetzt Taten. Die Leitung nimmt an, wenn sich ein Mann wie GOMULKA bereit erklärt, in der augenblicklichen Lage den Weg zur Partei zurückzufinden, die Bevölkerung aber glaubt, dass man in Regierung und Partei das

Im Herbst d.J. beabsichtige er Indien einen Besuch abzustatten, erklärte CYRANKIEWICZ weiter. Auch andere Staatsbesuche habe er geplant, aber "diplomatisch noch nicht zu Ende besprochen". Wir wissenjedoch, dass im Sommer dieses Jahres ein Staatsbesuch CYRANKIEWICZs in Frankreich schon so gut wie perfekt war, dann aber doch unterblieben ist, was wohl mit den Vorfällen in Polen zusammenhing.

Auf die Frage, welche Fortschritte die Besiedlung der polnischen Westgebiete mache, antwortete CYRANKIEWICZ, dass diese Besiedlung "bereits seit langem abgeschlossen" sei. Diese Gebiete "werden gegenwärtig von 7 Millionen Menschen bewohnt und sindsowohl wirtschaftlich als auch kulturell in jeder Hinsicht mit den übrigen Gebieten Polens verwachsen". "Die Oder-Neisse-Grenze ist eine beständige und unerschütterliche Grenze zwischen Polen und Deutschland. Wir gewöhnen uns daran, sie die Friedensgrenze zu nennen, als Beweis dafür, dass sie ein für alle Male festgesetzt ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendeine Regierung den Versuch, diese Grenze in Frage zu stellen, ernst nehmen könnte. Wenn jedoch hier und da ein solcher Versuch unternommen wird, so gereicht das einzig und allein den deutschen Revanchegeistern und Militaristen zum Vorteil, die sich allen Völkern Europas und der Welt derartig bemerkbar machten, dass sie zwei Weltkriege vom Zaune brachen. Es muss ebenfalls festgestellt werden, dass sogar in Westdeutschland die Überzeugung, realistischer an diese Frage heranzu - gehen, immer mehr Anhänger zu finden beginnt."

c) Keine Parteilisten bei den nächsten Wahlen

"Im Dezember dieses Jahres wird das polnische Volk, geschart um das Programm der nationalen Front, zu den Wahlen schreiten und einen neuen Sjem einberufen..."

so heisst es in einem Aufruf, der während einer Plenarsitzung des Gesamtpolnischen Komitees der Nationalen Front veröffentlicht wurde. Mit diesen Worten wird bestätigt, dass trotz aller Deklamationen über die Demokratisierung des Lebens in Polen eine Wahl mit Parteilisten undenkbar ist. Zurzeit der grössten Intensität der nach dem XX. Moskauer Parteitag geführten Diskussion hat man vielerorts das Verlangen gespürt, den politischen Parteien zu erlauben, einzeln zur Wahl zu schreiten. Obwohl es ausser der kommunistischen Partei nur konzessionierte Marionettenparteien in Polen gibt - die Bauerpartei, die Demokratische Partei und die Progressiven Katholiken - obwohl diese von notorischen Kommunisten geleitet werden und von "Bezpieka-Spitzeln" durchsetzt ein kümmerliches Dasein im Schatten der grossen Staatspartei führen, scheinen sie doch den Kommunisten gefährlich genug zu sein, um ein Kräftemessen nicht zuzulassen.

Auf der Plenarsitzung, die vom 12- bis zum 15. August in Warschau stattfand, wurde anstelle des verstorbenen Boleslav BIERUT der Vorsitzende des Staatsrates (tituläres Staatsoberhaupt) - Aleksander ZAWADSKI - zum Vorsitzenden des Gesamtpolnischen Komitees der Nationalen Front gewählt.

d) Verlorene Jugend

"Wir erfüllten nicht die Rolle eines Vertreters und Wortführers der Jugend, wir kämpfen nicht aktiv genug um die Beseitigung der Sorgen und um die Lösung der Probleme ihres täglichen Lebens. Im Gegenteil, wir neigten dazu, die Wirklichkeit zu beschönigen, die vorhandenen Vernachlässigungen und Mängel als Ergebnis objektiver Schwierigkeiten zu entschuldigen, die man auf dieser Etappe in Kauf nehmen muss. Im Ergebnis hat sich die Verbindung des Polnischen Jugendverbandes mit den Massen der Jugend gelockert. Beträchtliche Gruppen der Jugend stehen unter dem Einfluss einer fremden und feindlichen Ideologie und ihr moralisches Niveau lässt viele zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen sind grundlegende Veränderungen im ZMP erforderlich."

Diese traurigen Worte - eine traurige Schlussbilanz einer achtjährigen Tätigkeit - sprach die Vorsitzende des Polnischen Jugendverbandes (ZMP), Helena JAWORSKA auf der letzten Plenarsitzung der Hauptvorstandes dieser Organisation, die in der zweiten Augusthälfte in Warschau stattfand. Es war ein Geständnis das besagte, dass die polnischen Kommunisten es nicht vermocht haben, die Jugend für sich zu gewinnen. Die Ergebnisse dieses vergeblichen Seelenfanges sind aber nicht nur für die Kommunisten traurig. Alle Kenner der polnischen Verhältnisse sind sich darüber einig, dass noch vor 5 Jahren beträchtliche Jugendgruppen unter starkem Einfluss der kommunistischen Propaganda gestanden haben. Alle schönen Worte, die man ihnen predigte , nahmen sie wörtlich. Sie glaubten, unter der Führung der Partei für eine bessere Zukunft des Volkes, ja der ganzen Menschheit zu kämpfen, sie waren zu Opfern bereit, ihre ganze Begeisterung haben sie einer Sache geschenkt, die von Anfang an ein riesiger Betrug war. Sie wollten es lange nicht wahr haben, bis sie sich schliesslich in den letzten Jahren davon überzeugen mussten. Tagtäglich haben sie die hochtrabenden Phrasen mit der düsteren Wirklichkeit verglichen, bis ihnen endlich keine Illusion mehr übrigblieb. Etwas hat diese Jugend in den letzten Jahren allerdings dazu gelernt - den Zynismus. Die polnischen Zeitungen sind voll von Berichten über die ungeheuerliche Desillussionierung der Jugend. Die Folge davon ist eine erschreckend anwachsende Prostitution der Gesinnung, Kriminalität usw. In Polen hat das Kommunistische System noch einmal bestätigt, dass es nicht fähig ist, die Jugend zu einem anständigen und bewussten Mitglied der Gesellschaft zu erziehen.

Wenn auch diese Behauptung eine Verallgemeinerung ist, wenn auch nicht von allen Jugendlichen behauptet werden kann, dass sie keine Ideale mehr haben, so braucht man sich andererseits auch nicht zu täuschen: Die giftige Saat hat viele Früchte gebracht ...

Nicht nur in ideeller Hinsicht, sondern auch materiell fühlt sich die polnische Jugend betrogen und enttäuscht. JAWORSKA machte auf das "ernste und herangereifte Problem einer Beschäftigung der Jugend" aufmerksam. Sie stellte fest, dass in einigen Zentren der Großindustrie, aber auch in kleinen Städten mehr oder minder grosse Gruppen Jugendlicher vorhanden sind, die keine Arbeit finden. In der Berufsschulung hat man sich total verplant und weiß jetzt mit vielen jungen Menschen, die in ihrem erlernten Beruf eine Arbeit suchen, nichts anzufangen. Deshalb versucht man einen Schritt zurück zu gehen und der privaten Initiative eine Chance zu geben in der Annahme, dass im Kleinhandel, dem Handwerk und der örtlichen Industrie eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher Arbeit finden wird.

JAWORSKA bedauerte in ihrem Referat, dass unter der Jugend antisowjetische Stimmen laut werden. Damit hatsie offiziell eine Tatsache bestätigt, die schon lange bekannt war und ganz besonders kraß in Posen in Erscheinung trat. Im übrigen betonte JAWORSKA, daß die Weltanschauung der ZMP "unlösbar mit dem Marxismus-Leninismus verbunden sei" und es keinen Platz für viele nebeneinander existierende Anschauungen gebe. Dies ist die Antwort auf viele Stimmen, die in der großen Diskussion der letzten Monate laut wurden und verlangten, daß die ZMP, die schließlich die einzige Jugendorganisation im Lande sei, nicht an eine einzige Weltanschauung gebunden werden könne. Vor allem von katholischer Seite wurde oft gefordert, man soll die Tatsache anerkennen, daß ein beträchtlicher Teil der Jugend gläubig sei und eine materialistische Weltanschauung ablehne. Auch für diese Jugend ist Platz in der ZMP - meinte JAWORSKA - aber diese Organisation wird nicht verzichten, gegen Aberglauben und Vorurteile anzukämpfen.

e) Junge Kumpel vom Militärdienst befreit

Die Flucht der im Bergbau beschäftigten Arbeiter in andere Berufe hatdie Regierung in Warschau vor eine schwierige Situation gestellt. Die wirtschaftliche Entwicklung Polens ist weitgehend vom Kohlenexport abhängig, da dieser die meisten Devisen einbringt. Die heimische Industrie kann ebenfalls ohne Kohle nicht existieren. Aber die Kohleförderung liegt unter dem Plansoll. Eine der Hauptursachen dieses Übels ist eine mangelnde Bereitwilligkeit, die Arbeit eines Bergmannes zu verrichten. Man hat schon vieles versucht, um

die Arbeiterjugend zu diesem Beruf heranzuziehen, aber bisher ohne sichtbaren Erfolg. Die meisten, die den Versuch unternahmen, haben schon nach kurzer Zeit das Weite gesucht. Jetzt hat man nach einem Mittel gegriffen, von dem man sich verspricht, dass es besser ziehen wird.

Dienstpflichtige, die sich zur Arbeit im Steinkohlenbergbau melden und sich verpflichten, 20 Monate dort zu arbeiten, werden laut Beschluss der Regierung nicht zum Militärdienst herangezogen. Neben dem Lohn verspricht man den Freiwilligen auch verschiedene Vergünstigungen, Prämien usw. Wer allerdings die Arbeit vorfristig niederlegt, d.h. also bevor die 20 Monate um sind, verliert alle Vergünstigungen. Er wird also doch zum Militärdienst eingezogen. Die Zukunft kann erst zeigen, ob diese Maßnahme wirksam sein wird.

f) Erneute Verminderung der Streitkräfte

Nachdem schon im September 1955 die polnischen Streitkräfte um 47.000 Mann verringert wurden, hat man sie jetzt aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates der Republik Polens vom 19. August 1956 um weitere 50.000 reduziert. Da Polen kein Millionenheer unterhält, bedeutet diese zweimalige Verminderung eine wesentliche Herabsetzung der Streitkräfte. Offiziell spricht man von einem "Beitrag zur internationalen Entspannung", aber in Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes. Die wirtschaftliche Lage Polens ist sehr schlecht und man muss drastische Sparmaßnahmen einführen, um mindestens eine geringfügige Besserung der Löhne herauszuwirtschaften. "Trybuna Ludu" spricht in ihrem Kommentar zur Verminderung der Streitkräfte ganz offen davon, dass es sich dabei auch um die Verminderung der Ausgaben für den Unterhalt der Streitkräfte handelt, und dass die dadurch eingesparten Gelder den Etat, der für die Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Bevölkerung vorgesehen ist, erhöhen soll.

g) Die Lage der deutschen Bevölkerung in Polen

Auf einer Pressekonferenz mit den Mitgliedern der Regierung stellte der Ministerpräsident Polens, CYRANKIEWICZ , fest, dass die Bildung einer "Kulturgesellschaft der Deutschen in Polen" geplant sei. ("Trybuna Ludu") vom 31. August)

In der Zeitung "Zycie Warszawy" wurde eine Artikelserie unter dem Titel "Deutsche in Polen" abgeschlossen. Über die ersten Artikel dieser Serie wurde schon im Juli berichtet.

Der letzte Artikel, der am 19. August veröffentlicht wurde, ist den Rechten der deutschen Bevölkerung in Polen gewirdmet. Das Blatt meint, dass die

deutschsprachigen Schulen in Polen sich gut entwickeln und es auf diesem Gebiet wirkliche Errungenschaften gebe. Ein schweres Hindernis bilde allerdings der Mangel an geeigneten Schulbüchern. Es lohne sich aber wegen der kleinen Auflage nicht, diese in Polen zu drucken. Das Blatt meint, man müsse sie aus der "befreundeten DDR" beziehen.

Die Breslauer "Arbeiterstimme" erscheint jetzt als Tageszeitung. Allerdings bemängeln ihre Leser, dass diesem Blatt viel an politischem Mut fehle.

Die deutsche Bevölkerung in Polen besitzt so gut wie keine politische Vertretung in den Nationalräten, wenn man von 2 deutschen Vertretern im Stadtrat von Waldenburg (N/S) absieht. Auch in den Betriebsräten der Kohlengruben des Waldenburger Reviers werden die deutschen Kumpels nicht entsprechend vertreten. Das Blatt meint, dass bei den kommenden Parlamentswahlen im Dezember 1956 ein Vertreter der deutschen Bevölkerung auf die Listen der Nationalen Front gestellt werden müsse.

h) Die Helden sind müde ...

Zum ersten Male hat man in diesem Jahr den Jahrestag des Warschauer Aufstandes von 1944 feierlich in ganz Polen begangen. Alle Zeitungen und Illustrierten brachten lange Bildberichte aus diesen Tagen. Man hat beschlossen, den Helden des Aufstandes ein Denkmal zu setzen. Auf diese Weise will man die Soldaten der Untergrund-Heimatarmee ehren, die vor 11 Jahren noch als "bespuckte Zwerge der Reaktion" (zaplute karly reakcij) bezeichnet wurden. Gleichzeitig will man aber auch die Verdienste der kommunistisch gelenkten "Volksarmee" in Erinnerung bringen.

Die Soldaten der Heimatarmee, die während des Krieges politisch von der polnischen Exilregierung in London gelenkt wurden, haben in den Nachkriegsjahren eine beispiellose Leidenszeit durchgemacht. Tausende von ihnen landeten in sibirischen Lagern und in den Gefängnissen der Bezieka. Diejenigen, die nicht eingekerkert oder nach einer gewissen Zeit freigelassen wurden, mussten jahrelang alle möglichen Schikanen der Verwaltungs- und Parteiorgane erdulden. Es gab für sie keine besser bezahlte Arbeit, die Hochschulen waren ihnen verschlossen, auf jedem Schritt und Tritt spürten sie die rächende Hand der Kommunisten. Nach dem XX. Parteikongress hat man im Rahmen der großen Diskussion auch dieses Problem behandelt. Mehrere ehemalige Widerstandskämpfer haben sich-zum Teil anonym - in diese Diskussion eingeschaltet. Aus ihren Äußerungen kann man entnehmen, daß sie an den Rand der Verzweiflung getrieben wurden und ihre Verbitterung über diese ungeheuerliche Ungerechtigkeit durch nichts ausgelöscht werden kann. Auch ein Denkmal wird hier nichts ändern können.

2. Wirtschaft

a) Der alte und der neue Plan

"Trybuna Ludu" bringt am 3. August einen Bericht vom VII. Plenum des ZK's der Partei über die Ergebnisse der Erfüllung des Sechsjahrplanes und die Grundlagen des kommenden Fünfjahrplanes der Jahre 1956-1960.

In den letzten sechs Jahren, so heisst es in dem Bericht, wurde Polen weitgehendst industrialisiert. Die jetzige Produktion der Industrie ist um 170 % höher als im Jahre 1939. Es wurden allerdings nicht alle Planziele erreicht, weil man in den Jahren 1951-1953 eine ansehnliche Rüstungsindustrie aufbauen musste.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich ein immer größerer Zwiespalt zwischen der Entwicklung der Industrie einerseits und der Landwirtschaft andererseits ergeben. Man muss eingestehen, dass in den Jahren 1950-53 eine Reihe von ernsten Fehlern in der Landwirtschaft begangen wurden. Bei der Kollektivierung hat man nicht immer das Prinzip der Freiwilligkeitbeachtet. Den Klein- und Mittelnbauern hat man eine nicht ausreichende Hilfe zukommen lassen. Die Großbauernhöfe hat man wirtschaftlich ruiniert usw. Infolge dieser Fehler blieb die Produktion der Landwirtschaft so weit hinter der Entwicklung der Industrie zurück, dass man jetzt landwirtschaftliche Produkte importieren muss. Auch der Wohnungsbau blieb weit hinter den Erfordernissen zurück, obwohl die Planziele erreicht wurden. Der Bevölkerungszuwachs war aber größer als der Wohnungsbau. Daher ist die augenblickliche Situation auf diesem Sektor schlechter als vor 6 Jahren.

Die geplante Erhöhung der Durchschnittslöhne um 40 % ist in den letzten sechs Jahren auch nicht erreicht worden. Offiziell heisst es, dass diese Erhöhung 13 % betrug.

Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, soll die Hauptaufgabe des neuen Fünfjahrplanes eine möglichst grosse Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung sein. Darin unterscheidet sich der neue Plan wesentlich von dem alten, der in erster Linie die Produktionsaufgaben betonte. Man spricht jetzt von der Notwendigkeit einer viel besseren Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern, die durch den Ausbau der entsprechenden Industrien in Polen und durch gesteigerte Importe erreicht werden soll.

Man plant den Bau von 1.200.000 Wohnräumen in den nächsten 5 Jahren, d.h. über 50 % mehr als in den letzten sechs Jahren. Um das zu erreichen, will man die Privatinitiative einschalten und allen, die sich ein eigenes Heim

bauen wollen, eine weitgehende Kreditunterstützung zukommen lassen. Etwa 200.000 Wohnräume sollen im Rahmen der Bautätigkeit des privaten Sektors entstehen.

Die Gesamtinvestierungen in den nächsten 5 Jahren sollen die Summe von 318 Milliarden Zlotys erreichen, das ist, in vergleichbaren Preisen, 45 % mehr als im Sechsjahrplan. Doch wird der Anteil an Investitionen im nationalen Einkommen nur etwa 17-18 % ausmachen, während er in manchen Jahren des Sechsjahrplanes die Höhe von 25 % erreichte. Auch die Struktur der Investierungen wird anders als in der vergangenen Zeit sein. Während in den letzten sechs Jahren die Industrie 48,3 aller Investitionsauflagen verschlang, wird sich ihr Anteil jetzt auf 43,9 verringern. Dagegen wird die Landwirtschaft, für die nur 7,8 % bereitstanden, jetzt 11,7 % bekommen. Auch der Anteil des Wohnungsbaues steigert sich von 10,7 % auf 14,4 %.

Der neue Fünfjahrplan sieht eine Steigerung der industriellen Produktion um 53,57 % vor. Das ist weniger als das, was in der SU und den europäischen Satellitenländern - die CSR ausgenommen - in derselben Zeitspanne vorgesehen ist. Im Aussenhandel soll ein neuer Plan nach dem Prinzip aufgestellt werden, daß man mit den kapitalistischen Ländern einen Austausch von Waren und technischen Erfahrungen uf der Grundlage gegenseitiger Interessen stark erweitern soll.

Manche Planziele für die nächsten fünf Jahre erreichen nicht einmal die Höhe, die im Sechsjahrplan für das Jahr 1955 geplant waren. Das betrifft in erster Linie die Landwirtschaft und z.T. auch einige Industriebranchen. Diese realistischere Einstellung ist zweifellos ein Ergebnis der Erfahrungen, die man in der Vergangenheit gemacht hat. An Hand der Landwirtschaft musste man sich überzeugen lassen, dass es nicht genügt, nur auf dem Papier hochgesteckte Planziele aufzustellen. Man muss auch Mittel und Wege zeigen, um diese Ziele zu erreichen.

b) Halbjahrsbericht mit Zahlen

Am 7. August hat das Statistische Hauptamt einen Bericht über die Erfüllung des Nationalwirtschaftsplanes der ersten Jahreshälfte 1956 veröffentlicht. Dieser Bericht unterscheidet sich von den früheren dadurch, dass in ihm die absoluten Produktionszahlen enthalten sind, die früher gänzlich fehlten und durch die Indexzahlen ersetzt waren. Es ist ein weiterer Schritt auf dem nach dem XX. Parteitag eingeschlagenem Wege der Lüftung von "Staatsgeheimnissen", die keine zu sein brauchten.
Wie man aus dem Bericht entnehmen kann, erhöhte sich die industrielle Produktion im Vergleich zum ersten Halbjahr 1955 um 11 %.

c) Rüstungsindustrie stellt sich auf Friedensproduktion um

In den Direktiven des VII. Plenums des ZK befand sich ein Punkt, der eine Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Produktion von Massenbedarfsartikeln vorsah. Dies soll aber ohne Beeinträchtigung der Verteidigungsbereitschaft geschehen. Wie ein Mitglied der Warschauer Regierung mitteilte, soll die Rüstungsindustrie "die Schulden zurückzahlen", die sie bei der Nation gemacht habe.
"Trybuna Ludu" (28. August) widmet der Frage der Ausnützung von Produktionsreserven der Rüstungsindustrie für friedliche Zwecke einen längeren Beitrag. Das Blatt schreibt:

"Als Ergebnis der Entspannung in der internationalen Situation wurde im Jahre 1954 in den Betrieben der Verteidigungsindustrie mit der Produktion einer Reihe von Artikeln für den Marktbedarf begonnen. Der im Jahre 1955 erzielte Wert der Marktproduktion im Maschinenbau - der für die Erfordernisse der Verteidigung arbeitet - betrug bereits 356 Millionen Zlotys. Bis zum Jahre 1960 soll der Wert dieser Produktion auf 1 Milliarde 665 Millionen ansteigen.

Soweit es sich um den Maschinenbau handelt, wird in den Betrieben der Verteidigungsindustrie vor allem der Bau von landwirtschaftlichen Schleppern und Maschinen forciert. Für den Steinkohlenbergbau wird die Produktion von Schrämmaschinen aufgenommen, bezw. beträchtlich erweitert."

Weiterhin werden in den Fabriken der Rüstungsindustrie Nähmaschinen, Waschmaschinen und Kühlschränke gebaut. Die Produktion von Motorrädern und Motorrollern in diesen Fabriken wird sogar den Anteil der speziell für diesen Zweck arbeitenden Werke überflügeln.
Die für Rüstungszwecke arbeitende chemische Industrie wird sich weitgehend auf die Produktion von Kunststoffen umstellen, so dass Polen vom Import bald unabhängig sein wird.

Diese Massnahmen sind aus der Perspektive einer Zwangslage zu beurteilen, in der sich das Warschauer Regime befindet. Es hat eingesehen, dass man eine Verbesserung der katastrophalen materiellen Lage der arbeitenden Massen nicht länger hinauszögern darf, sonst kann, wie es Posen bewies, die Existenz des Systems bedroht werden. Es ist weniger die Friedensliebe, die die Kommunisten zu solchen Schritten verleitet, als einfach die Angst vor der eigenen Bevölkerung, die eines Tages ihre Herren abschütteln könnte.

d) Ein wirtschaftliches Verbrechen

Im Vorkriegspolen gab es über 558.000 Handwerksbetriebe, die über eine Million Menschen beschäftigten. Im Jahre 1948 gab es davon noch 13405 mit über 300.000 Beschäftigten. Im Jahre 1953 dagegen hatten es die Kommunisten

Regierung des Staates aus und untergrub das Vertrauen der Werktätigen zu ihren Gewerkschaftsvertretungen."

KLOSIEWICZ erinnerte an das Posener Beispiel, wo die Arbeiter bei der Aufstellung einer Delegation, die ihre Interessen in Warschau vertreten wollte, grundsätzlich keine Mitglieder des Betriebsrates wählten. In Stettin wiederum hat man sich gar nicht erst nach dem Betriebsrat umgesehen, als die Arbeiter mit der Direktion eines Betriebs uneinig waren, sondern man zog es vor, die Sache vor ein allgemeines Gericht zu bringen, wo die Arbeiter übrigens dann auch gewonnen haben. "Wozu sind wir dann überhaupt noch da", - fragte KLOSIEWICZ - "wenn der Arbeiter gleich vor dem Gericht seine Rechte suchen muss?"

"Die Posener Ereignisse" - meinte der Gewerkschaftschef - "zeugen von ernsten Schwächen in der Gewerkschaftsarbeit, von mangelnder Kenntnis der Bedürfnisse der Massen und ihrer Stimmungen, von der Unfähigkeit, für die Interessen der schaffenden Menschen gegenüber den bürokratischen Verzerrungen einzutreten. Deshalb muss man sich darüber Gedanken machen, wie künftig gewährleistet werden kann, dass die Gewerkschaften ihren Aufgaben gerecht werden, und wie das Entstehen von Konflikten verhindert werden kann. Man muss eine entscheidende Wendung in der Arbeitsmethode herbeiführen und die Gewerkschaften im Kampf um eine ständige Verbesserung der materiellen und sozialen Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse aktivieren."

Nach Meinung von KLOSIEWICZ wäre dies folgendermassen zu erreichen:

1. ein besseres Arbeiten des Gewerkschaftsapparates im Rahmen der ihm eingeräumten Befugnisse
2. eine Erweiterung der Befugnisse im Zusammenhang mit der Realisierung der Forderungen der Arbeiter
3. eine politische Arbeit, die auf einer geduldigen Erläuterung beruht, ohne zu Mitteln der Demagogie oder falschen Versprechungen zugreifen, wenn die Forderungen der Belegschaften unberechtigt sind, oder wenn sie zum gegebenen Zeitpunkt nicht erfüllt werden können.

KLOSIEWICZ stellt fest, dass die Gewerkschaften zurzeit mit nicht ausreichenden Befugnissen ausgestattet sind, um zu garantieren, dass die Belange der Arbeiter auch wirksam erledigt werden. Esist notwendig, ein neues Dekret über die Betriebsräte zu erlassen, das eine Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches der Betriebsräte herbeiführt. Auch muss ein wirksamer Rechtsschutz für die Mitglieder der Betriebsräte für eine Zeitdauer von mindestens drei Jahren gewährleistet sein. Während dieser Zeit können Mitglieder der Betriebsräte weder entlassen noch schlechter bezahlt werden.

Die Direktoren, die übrigens fast ausnahmslos Parteimitglieder sind, pflegten nämlich alle Arbeiter, die während ihrer Tätigkeit im Betriebsrat unangenehm aufgefallen waren, gleich nach Ende ihrer Amtszeit einfach zu entlassen oder durch Versetzung an einen schlechter bezahlten Posten zu "bestrafen".

KLOSIEWICZ meinte, künftig müsse in den Betrieben der Grundsatz befolgt werden, daß alle Entscheidungen über den Lohnfond, die Lebensbedingungen, die Normen- und Lohnsätze nicht ohne Mitwirkung und Einverständnis der Belegschaft getroffen werden können. Die Gewerkschaften müssen auch bei der Aufteilung des Nationaleinkommens, bei der Festsetzung der Geld- und sonstigen Mittel für eine Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen, bei der Gewährleistung des Programms über eine Erhöhung der Reallöhne usw. mitwirken.

"Der Zentralrat der Gewerkschaften erachtet auch weiterhin die Erhöhung der Mindestverdienste, die bis jetzt noch höchst ungenügend ist, als vordringlich".

Während im Fünfjahrplan die durchschnittliche Lohnerhöhung 30 % betragen wird, soll diese Richtzahl für die am wenigsten Verdienenden beträchtlich höher liegen. Man hat auch die Notwendigkeit hervorgehoben, die Familienbeihilfe zu erhöhen und die Einkünfte jener Familien zu steigern, in denen nur eine Person beschäftigt ist.

Damit die Gewerkschaften diesen grossen Aufgaben gewachsen sind, bedarf es des Vertrauens und der Unterstützung der Arbeiterklasse. Man verlangt deshalb die Mitarbeit und das Verständnis von seiten der Verwaltungs- und staatlichen Behörden.

"Es muss jedoch festgestellt werden, dass der augenblickliche Zustand des Gewerkschaftsapparates, der im Laufe der letzten Jahrezu einem Beamtenapparat geworden ist, der den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse gleichgültig gegenübersteht, ein nicht geringes Hindernis bei der Realisierung des kühnen Programms sein kann ..."

Darum scheint es KLOSIEWICZ angebracht zu sein, ausser einer tiefgreifenden Reduzierung des vorhandenen Gewerkschaftsapparates auch seinen Kaderbestand mit neuen, kämpferischen Menschen aufzufrischen, die im Feuer der Diskussion der letzten Zeit herangewachsen und gereift sind.

"Vor den Gewerkschaften steht die grosse Aufgabe, die Rückstände aufzuholen und das teilweise verlorengegangene Vertrauen wieder zu gewinnen. Das wird leichter zu verwirklichen sein, wenn die besten Vertreter der Arbeiterklasse, denen die Bedürfnisse und Sorgen der schaffenden Menschen gut bekannt sind, zur Arbeit in den Gewerkschaften herangezogen werden."

b) OCHAB: Man muss die Arbeiter aufklären

Mitte August wagte es OCHAB endlich, sich den Posener Arbeitern gegenüberzustellen. Er hielt eine längere Ansprache vor den Arbeitern der Stalin-Werke, die das erste Signal zum Aufstand gegeben hatten. Die Rede OCHABs war eigentlich nur ein einziger Rechtfertigungsversuch, in dem er darlegte, warum Regierung und Partei nicht imstande seien, eine weitgehende Aufbesserung der Löhne durchzuführen.

"Als wir die verfügbaren Mittel mit den Erfordernissen der Investitionspläne zu vergleichen begannen, kamen wir zu dem Schluss, dass wir nicht einmal eine 30 %-ige Erhöhung der Durchschnittslöhne realisieren könnten. Und dann fingen wir an, verschiedene eingeplante Investitionen zu streichen. Viele Fabriken, Strassen, kommunale Einrichtungen, die wir wirklich nötig hätten, werden also nicht gebaut.
Obwohl wir die Investitionen des Fünfjahrplanes um 13 Milliarden Zloty beschnitten haben, wussten wir, dass dies nicht reichen würde, um die 30 % Lohnerhöhung durchzuführen. Wir waren uns im klaren, dass wir diese 30 % nicht verkleinern dürfen, weil wir wissen, wie schlecht es den polnischen Arbeitern geht. Also haben wir uns mit der Bitte um Hilfe an unsere erprobten sowjetischen Freunde gewandt, und diese Hilfe wurde uns nicht versagt."

In welcher Form diese "Hilfe" des grossen Bruders erfolgen soll, darüber liess sich OCHAB nicht aus. Wahrscheinlich wird es sich nicht um eine Anleihe handeln, vielmehr werden die Russen auf einen Teil der polnischen Exporte verzichten müssen, die Polen dann zu normalen Preisen bei anderen Handelspartnern veräussern kann.
OCHAB warnte die Arbeiter vor allzu grossen Hoffnungen und übertriebenen Erwartungen.

"Wir wollen maximal alle Möglichkeiten ausnützen, die Löhne zu erhöhen, aber der wachsende Lohnfond muss eine Deckung im Warenangebot haben. Wie Ihr wisst, Genossen, erwarten viele Werktätige in Posen und ganz Polen eine viel grössere Erhöhung der Löhne. Man hat z.B. eine Lohnerhöhung von 50 % in den nächsten 5 Jahren verlangt, als ob unsere Regierung gerade auf Säcken voll Gold sitzt und alle derartigen Forderungen realisieren könnte. Uns fällt aber kein Manna vom Himmel und die Löhne können nur im Verhäntnis zur Steigerung der Produktion wachsen. Wir müssen die Massen besser über unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten informieren. Wir können natürlich nicht jedem erzählen, wieviel Panzer wir produzieren oder was uns die Radareinrichtungen, die wir herstellen, kosten. Wir wollen aber kein Geheimnis daraus machen, wie hoch das Nettoeinkommen ist und wie es aufgeteilt wird. Die Partei wünscht, daß die Arbeiter über die wirtschaftlichen Probleme besser orientiert werden und daß sie Einsicht in die gesamte nationale Wirtschaft haben."

c) Beschäftigungsprobleme

Mit den Beschäftigungsproblemen in den nächsten 5 Jahren befasst sich "Trybuna Ludu" am 6. August. Die Zahl der Beschäftigten (ausser der Landwirtschaft) soll sich von 5850 000 im Jahre 1955 - auf 6.800.000 im Jahre 1960 erhöhen. Dies bedeutet eine Erhöhung um 950 000, während in der Zeit des Sechsjahrplanes (1950-55) die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen 2.200.000 betrug.

Wenn man noch berücksichtigt, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre ca. eine halbe Million der jetzt Beschäftigten abgeschrieben werden muss (Rentner usw.), so beträgt die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften ca. 1.430.000 Menschen. Man rechnet damit, dass etwa 1,06 Millionen junge Menschen in das Berufsleben eingereiht werden. Die Fehlenden, also 370.000, hofft man durch Aktivierung der jetzt nicht beschäftigten Jugendlichen und Umschulung zu bekommen.

d) Ein junger Schriftsteller fühlt sich betrogen ...

Ein junger Schriftsteller, Marian CZERWINSKI, veröffentlichte in der Wochenzeitschrift "Preglad Kulturalny" eine Reportage, die als erste einer ganzen Serie gedacht war. In dieser Reportage schildert er auf eine vielleicht etwas naive Art seine Bestürzung, die er während seiner Reise von Warschau über Prag und Wien nach Norditalien empfunden hat.

> "Diese eleganten Anzüge! Arbeiter auf Motorrädern! Wasfür ein Verkehr auf den Strassen! Diese zahlreichen und schönen Autos! Die Häuser! Verputzt sind sie sogar und alle farbig! Und die sauberen Bahnhöfe. Alle Leute so höflich, und alle sehen irgendwie wohl und ausgeruht aus! Ich fühle mich beschämt und gedemütigt!"

Man kann es dem armen Jungen so gut nachfühlen. Er hat von Hause aus ein ziemlich entstelltes Bild über die Verhältnisse in den westlichen Ländern mitbekommen. Er hat dies der Wirklichkeit gegenübergestellt und war einfach bestürzt. Dieser Bestürzung gab er nun ziemlich freimütig Ausdruck. Das aber wiederum empörte den Zensor der "Tryhuna Ludu" (14. August). Dieser meinte, der Junge "benimmt sich wie ein Kind, das man ohne Eltern in einen Spielzeugladen hineingelassen hat". Der Zensor ist der Ansicht, es sei unverständlich, wie man solche Sachen in dem "Przeglad Kulturalny" abdrucken könne. Eine Fortsetzung der Reportage erschien dann auch in den folgenden Nummern nicht mehr...

e) Hochschulen sollen selbständig werden

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft des polnischen Parlaments besprach auf seiner Sitzung am 1. August einen Gesetzesentwurf über die

Änderung des bis jetzt geltenden Gesetzes über das Hochschulwesen. In dem neuen Entwurf geht es hauptsächlich darum, den Hochschulen durch Satzungen eine grössere Freiheit in der Regelung mancher organisatorischen Probleme zu gewährleisten. Überdies sieht der Gesetzesentwurf vor, einen Teil der Rechte des Ressorts für Hochschulwesen den Rektoren, Prorektoren, Dekanen und Prodekanen zu übergeben. Ebenso soll der Tätigkeitsbereich der Senate und Fakultätsräte erweitert werden.

f) Gefängnisverwaltung kommt in den Bereich des Justizministeriums

Die polnische Regierung wird bei der nächsten Parlamentssitzung einen Gesetzesentwurf vorlegen, der die Übertragung der Gefängnisverwaltung an das Justizministerium zum Inhalt hat. "Trybuna Ludu" kommentiert diesen Schritt in ihrer Ausgabe vom 23. August folgendermassen:

> Dies sei der Ausdruck dafür, dass sich die Regierung für eine Festigung der Gesetzlichkeit auf dem Wege einer engen Verbindung mit dem Strafvollzug einsetze, "denn die Einbeziehung der Verwaltung der Gefängnisse in den Geschäftsbereich des Justizministeriums wird die Überwachung der Durchführung aller von Gerichten verhängten Strafen erleichtern."

Ursprünglich unterstand die Verwaltung der Gefängnisse dem - jetzt nicht mehr existierenden - Ministerium für Staatssicherheit. Nach Auflösung dieses Ministeriums hatte man die Gefängnisverwaltung dem Innenministerium übertragen.

4) Polen und das Ausland

a) "Trybuna Ludu" über die Wiederaufrüstung Deutschlands

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Polens beschäftigt sich mit dem Problem der Bundeswehr.

> "Wenn diese Bundeswehr fester auf den Beinen stehen wird, werden die deutschen Militaristen unvermeidlich zu dem Schluss kommen, dass die "traditionellen Waffen" alleine nicht genügen. Und dass sie zu dieser Meinung gelangen, darauf können wir Gift nehmen.
> Solange die Regierungskreise der Bundesrepublik eine Politik der Stärke gutheissen, solange sie öffentlich ein revisionistisches Programm gegenüber anderen Staaten proklamieren, solange besteht die Gefahr, dass die eingeplanten zwölf Divisionen, auch wenn sie nur über die traditionellen Waffen verfügen, den Zündfunken zu einem Atom- und Wasserstoffbombenkrieg geben können."

Dabei muss doch eingesehen werden, dass es für das deutsche Volk eine Existenzfrage ist, einen neuen Krieg zu verhüten, bei dem Deutschland das erste Schlacht- und Ruinenfeld werden würde."

b) KPD-Verbot

"Trybuna Ludu" vom 16. August:

"Die Bonner Machthaber wollen ein Terrorregime schaffen, in dem sie die gesamte Opposition (nicht nur die Kommunisten) verfolgen können. In erster Linie gilt es aber denjenigen, die eine Politik der Aggression und der Revanche ablehnen. Zahlreiche sozialdemokratische Politiker verstehen das ausgezeichnet. Sie können sich gut daran erinnern, dass die Nazis, nachdem sie die KPD aufgelöst haben, anschliessend auch die SPD zerschlugen."

Seit dem gesamtstaatlichen Parteitag der KPCSR ist es um die oppositionellen Strömungen unter der Intelligenz und den Studenten merklich ruhiger geworden. Die Parteiführung hat in unmißverständlicher Weise klargemacht, daß die absolute Herrschaft der Partei über das wirtschaftliche, geistige und kulturelle Leben des Landes außerhalb jeglicher Kritik zu bleiben habe.

Es ist außerordentlich schwierig, in der kommunistischen Führungsschicht zwischen Anhängern verschiedener Kurse zu unterscheiden. ZAPOTOCKY und NOVOTNY gelten in der Nationalitätenfrage alszugänglicher, als etwa SIROKY und KOPECKY. Ansonsten müssen sie alle als Stalinisten und loyale Mitarbeiter des verstorbenen Parteiführers GOTTWALD angesehen werden. Mit der Hinrichtung SLANSKYs wurde diekommunistische Bewegung in der CSR ihres überragendes Kopfes beraubt, der in der Lage gewesen wäre, Anhänger um sich zu scharen und dem Gottwald-Kreis Parole zu bieten. So kam es auch in der CSR nicht zu den Rehabilitierungen, wie in Ungarn und in Polen. LONDON und HAJDU (im Slansky-Prozeß zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt) sind zwar freigelassen worden und die Entlassun von Evzen LOEBL ist sicher nur eine Frage der Zeit, aber von ihrer Rehabilitierung kann vorerst noch keine Rede sein. Kürzlich erklärte Ministerpräsident SIROKY lediglich, daß er die antisemitischen Tendenzen, die im Verlauf des Slansky-Prozesses unmißverständlich zutage traten, mißbillige. Er räumte ein, aß es ein Irrtum gewesen sei, den Titoismus zum Gegenstand der Anklage zu machen. Ähnliches hatte NOVOTNY auf dem Parteitag gesagt und dann erklärt, daß eine eingehende Untersuchung des Falles gezeigt habe, daß SLANSKYs gesamte Tätigkeit verbrecherisch gewesen sei.

In seinerRegierungserklärung vom 31. Juli knüpfte Ministerpräsident SIROKY an die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU an und erklärte:

> "Nicht nur die internationale Entwicklung steht heute unter dem mächtigen Einfluß der historischen Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU. Es kann keine Zweifel geben, daß die Ergebnisse des XX. Parteitages und die gesamtstaatliche Konferenz der KPCSR auch die gesamte innenpolitische Entwicklung unserer volksdemokratischen Republik zutiefst beeinflußt haben. Die wichtigen Beschlüsse, die unsere Konferenz auf Grund der reichen Lehren aus dem XX. Parteitag und nach eingehender Analyse unserer eigenen Bedingungen und Erfahrungen gefaßt hat, bedeuten einen tiefen positiven Eingriff in alle Abschnitte unseres Lebens."

unerheblich waren". Schließlich heißt es:

"Die Liberalisierung, die sich die Mitglieder der Bourgeoisie wünschen, wird nicht eintreten."

Im Rahmen der Reformen soll es den Parteimitgliedern ermöglicht werden, künftig in ihre Personalakten Einsicht zu nehmen. Diese Maßnahme, die bereits mehrmals angekündigt worden war, mußte der Erste Parteisekretär NOVOTNY jedoch gegen den passiven Widerstand vieler kleiner und mittlerer Parteifunktionäre durchsetzen. Weiter werden den Parteimitgliedern eine Reihe von Aufgaben zugedacht. Am 23. August beklagt sich "Rude Pravo" über das mangelnde Interesse, das die Parteimitglieder in Bezug auf die Produktionsergebnisse an den Tag legen. Es sei die Pflicht eines jeden Genossen, mit der Leitung der Betriebe im ständigen Kontakt zu bleiben und solche Unzulänglichkeiten mitzubeseitigen, die einer Produktionserhöhung im Wege stehen.

3. Der zweite Fünfjahresplan der CSR

Der neue tschechoslowakische Fünfjahresplan erinnert durch den Nachdruck, der auf den Ausbau der Schwerindustrie gelegt wird, an seinen Vorgänger. Die Industrieproduktion soll mindestens 50 % über den Stand von 1955 gesteigert werden. Dabei ist eine Erhöhung der Erzeugung von Industriegütern um 57 %, von Verbrauchsgütern jedoch nur um 40 % vorgesehen. Die Landwirtschaft wird im Rahmen des neuen Planes stärker beachtet, als es bisher der Fall war, die Produktion soll um 30 % zunehmen. In diesem Zusammenhang muß es verwundern, daß die Partei trotzdem ihr Kollektivierungsprogramm fortsetzt und bis zum Jahre 1960 einen Zustand herbeiführen will, bei dem "der sozialisierte Ackerboden entscheidend überwiegt". Die Investitionen werden sich hauptsächlich auf die Schwerindustrie und die Landwirtschaft konzentrieren. Eine eingehende Analyse des neuen Fünfjahresplans muß einem gesonderten Bericht vorbehalten bleiben.

4. Um die Erhöhung des Lebensstandards

Im Verlauf der nächsten 5 Jahre soll in der CSR der Reallohn um 30 % erhöht werden. Das parteiamtliche Organ "Rude Pravo", das am 17. August noch stolz verkündet hatte, daß ein kapitalistischer Staat noch niemals eine derartige Erhöhung durchführen konnte, fordert jedoch in einem Leitartikel vom 30. August Maßnahmen zur Schaffung eines gesünderen Verhältnisses zwischen Löhnen und Arbeitsproduktivität: "Die Produktivität muß schneller ansteigen als die nominellen Löhne, damit Kapitalinvestitionen durchgeführt und eine allgemeine Preissenkung herbeigeführt werden können."

sogleich Diskussionen darüber, was in den Betrieben getan werden muß, damit trotz herabgesetzter Arbeitszeit die Arbeitsproduktivität steigt, der Plan weiter erfüllt wird, die Selbstkosten nicht steigen und daher auch die Reallöhne nicht sinken."

("Rude Pravo" vom 10. August)

Radio Prag meldete am 21. August:

"Einige Betriebe prüfen die Möglichkeit, die 46-Stunden-Woche einzuführen."

Aus all dem wird ersichtlich, daß die Einführung der verkürzten Arbeitszeit vorerst nur aufdem Papier steht, zumal die CSR nach wie vor an einem akuten Mangel an Arbeitskräften leidet. Am 1. August beklagte sich Radio Pilsen über den Mangel an Arbeitskräften in der Konsumgüterindustrie. Arbeitsminister TESLA erklärte, daß sofort 3.000 Arbeitskräfte dem Bergbau zugeführt werden müssen, damit die Kohlenausbeutung im August dem Plansoll entspreche (Radio Prag am 26. August). Und am 20. August meldete der gleiche Sender:

"Die Ostrauer Bergwerke sind in diesem Monat bereits 20.900 Tonnen Kohle unter dem Plan geblieben, weil es an geeigneten Arbeitskräften mangelt."

Besonders kritisch scheint sich jedoch der Arbeitermangel bei den diesjährigen Erntearbeiten auszuwirken.

6. Die Einbringung der Ernte

Im allgemeinen kann die Ernte in der CSR als gut bezeichnet werden. Ihre Einbringung macht aber derart große Schwierigkeiten, daß das Regime zum Monatsende verschiedene Maßnahmen ergreifen und wiederholt Appelle an die Bevölkerung richten mußte. Bereits im vergangenen Monat Juli hatte die kommunistische Presse die Bevölkerung ermahnt, bei der Einbringung der Ernte mitzuhelfen. Am 9. August schrieb"Rude Pravo":

"In der letzten Zeit sind Stimmen laut geworden, die von einem katastrophalen Ernteergebnis wissen wollen. Das ist nicht wahr."

Aber gegen Ende des Monats bemächtigte sich der verantwortlichen Stellen eine Panik. Zuerst wurde es mit Prämien versucht:

"Der Ertrag der Hopfenernte in diesem Jahr ist niedriger als in den vergangenen Jahres, die Qualität jedoch besser. Falls 25 % der Lieferungen erst- bis drittklassig sind, erhalten die Hopfenbauern einen Bonus von 200 Kronen pro 100 Kilo. 118 Hopfenunternehmen haben sich zu dem ausgeschriebenen Wettbewerb gemeldet. Das beste Kollektiv wird

25.000, das beste Staatsgut 15.000 und der beste Einzelbauer 3.000 Kronen erhalten. Obwohl sich schon 90.000 Bürger zu den Hopfenbrigaden gemeldet haben, mangelt es noch immer an Arbeitskräften. Die örtlichen Behörden müssen darüber wachen, daß auch alle, die sich zum Hopfenpflücken angemeldet haben, tatsächlich zur Arbeit antreten."

("Rude Pravo" vom 24. August)

"Der Stadtrat von Prag hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, bei der Ernteeinbringung behilflich zu sein."

(Radio Prag vom 25. August)

Am 28. August berichtete "Rude Pravo" von Unzulänglichkeiten bei der Ernteeinbringung in einigen Gebieten:

"Die Regierung beriet heute die Verzögerungen bei der Einbringung der Ernte. Alle Behörden wurden aufgefordert, die fehlenden Arbeitskräfte zu mobilisieren, falls notwendig, müssen 20 % des Verwaltungspersonals herangezogen werden."

(Radio Prag vom 29. August)

"Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Emil KUNC forderte die sofortige Einführung von 2 Schichten bei den Erntearbeiten. Die Leninwerke (Skoda) in Pilsen haben 72 Nothelfergruppen organisiert, die zu sofortigen Erntearbeiten eingesetzt werden."

"Radio Prag vom 30. August)

Und einen letzten drastischen Appell an die Bevölkerung richtete die parteiamtliche Zeitung "Rude Pravo" am 31. August. Unter dem Titel "Laßt uns Verluste vermeiden, die uns allen schaden würden", beschäftigte sich das Blatt mit der Verzögerung der Ernteeinbringung. Diese nähme sehr ernste Formen an. Die Regierung habe die örtlichen Nationalausschüsse ermächtigt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Ernteeinbringung sicherzustellen. Wörtlich heißt es weiter:

"Viele Menschen haben noch nicht begriffen, daß man in einer außergewöhnlichen Lage auch außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen muß."

7. Kollektivierung

In der CSR schreiten die Bemühungen um eine verstärkte Kollektivierung weiter fort. Am 11. August gab ein Regierungssprecher bekannt, daß 46,5 % des Ackerlandes kollektiviert seien. Einer Meldung des Preßburger Rundfunks vom 6. August zufolge beträgt die durchschnittliche tägliche Vergrößerung der Kollektive in der Slowakei 222 ha. Und am 8. August schrieb "Rude Pravo":

"Im Bezirk Budweis wurden 41 neue Kolchosen gegründet. Der Erfolg beruht auf guter Agitation. Kommunisten besuchten kleine und mittlere Bauern, diskutierten mit ihnen, entlarvten die schädliche Tätigkeit der Kulaken und vermochten schließlich, die Bauern zu überzeugen. In anderen Dörfern wurden Brigaden eingesetzt, deren Mitglieder jedoch mit den örtlichen Verhältnissen nicht vertraut waren. So wurden keinerlei Erfolge erzielt und nach Abzug der Brigaden triumphierten wieder die Kulaken."

8. Dezentralisierungsmaßnahmen und die Nationalitätenfrage

Aufgrund der Beschlüsse des Parteitages im Juni hat die Regierung ein Gesetz über die Erweiterung der Vollmachten für die slowakischen Nationalorgane verkündet. Die wichtigsten Neuerungen in diesem Zusammenhang sind:

1. Das slowakische Provinzialparlament (Slowakischer Nationalrat) erhält gewisse Vollmachten, die bisher dem Zentralparlament in Prag oder der Regierung vorbehalten waren.
2. Das Beauftragtenkollegium für die Slowakei (siehe Anhang I), das bisher von der Prager Regierung bestellt worden war, wird in Zukunft vom slowakischen Nationalrat gewählt. Der Nationalrat hat das Recht, die einzelnen Mitglieder des Kollegiums zu ernennen und abzuberufen.

Allerdings bleiben eine Reihe von Gebieten in der Zuständigkeit der Zentralregierung in Prag, so z. B. Nationalverteidigung, auswärtige Angelegenheiten, der Außenhandel und besonders wichtige Wirtschaftszweige, wie die Schwerindustrie, Hüttenwesen und Transport.

Bemerkenswert ist, daß seit dem Parteitag wieder von einer tschechischen und einer slowakischen Nation die Rede ist. Trotzdem wurde allen Spekulationen, wonach die neuen Maßnahmen eine Zwischenstufe zu einer erneuten Loslösung der Slowakei darstellen, ein Riegel vorgeschoben:

"Der 29. August 1944 war der Höhepunkt des slowakischen Aufstandes gegen die faschistischen Unterdrücker. Eine der bedeutendsten Parolen des Aufstandes war die staatliche Einheit von Slowaken und Tschechen. Die neuen Maßnahmen garantieren dafür, daß diese Einheit für immer erhalten bleiben wird."

("Rude Pravo" vom 29. August)

Verschiedene Erklärungen und Berichte deuten darauf hin, daß neben dem Willen, die Nationalitätenfrage zu lösen, auch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben. Der slowakische Abgeordnete Ignac RENDEK

erklärte:

"Die Hauptsache in der slowakischen Frage bleibt auch weiterhin die Beseitigung der tatsächlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ungleichheit im Verhältnis zu den höher entwickelten Gebieten in Böhmen und Mähren."

Auf der anderen Seite häufen sich die Anzeichen dafür, daß die neue Nationalitätenpolitik auch auf die übrigen Minderheiten ausgedehnt wird. Gegenwärtig sind die Tschechen mit ca. 66,5 % und die Slowaken mit ca. 27,5 % der Gesamtbevölkerung nicht die einzigen Nationalitäten der CSR. Die restlichen 6 % verteilen sich auf Ungarn, Ukrainer, Polen und Sudetendeutsche, wobei der Anteil der Deutschen offiziell mit 1,8 % der Gesamtbevölkerung angegeben wird:

"Eine wichtige Bestimmung, welche die Lenin'schen Grundsätze zum Ausdruck bringt, ist in dem Absatz enthalten, demzufolge der slowakische Nationalrat im Geiste der Gleichberechtigung günstige Bedingungen für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der ungarischen und ukrainischen Bevölkerung gewährleisten wird."

(Abg. Ignac RENDEK am 1. August)

Und am 8. August veröffentlichte das Gewerkschaftsorgan "Prace" einen Artikel des Regierungsbevollmächtigten für den Aufbau der Grenzgebiete, Josef JANOUS, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Dezentralisation auch dem Sudetengebiet "erhöhte Fürsorge" bringen werde.

9. Die KPCSR zum KPD-Verbot

Von der KPCSR ist im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot eine sogenannte "Protestwelle" eingeleitet worden, die offensichtlich gut vorbereitet war. Bereits am 15. August - also vor dem tatsächlichen Verbot - berichtete der Prager Rundfunk von 44 Protestresolutionen und Telegrammen zum KPD-Verbot allein aus der Olmützer Gegend. Nach dem 16. August folgte eine wahre Flut von Protesten. In einem diesbezüglichen Leitartikel von "Rude Pravo" heißt es u. a.:

"Das Verbot der Kommunistischen Partei in Deutschland...muß für alle europäischen Nationen ein Warnungszeichen sein. Sagen wir es gerade heraus: Die Tatsache, daß sich gerade die Adenauer-Regierung zu einem Schritt entschlossen hat, den in Europa bisher nur Hitler, Mussolini und ihre Nachäffer unternommen haben, ist kein Beweis für die Aufrichtigkeit der Versicherungen der Bonner Regierungskreise, dass Westdeutschland für immer mit seiner faschistischen Vergangenheit gebrochen hat."

In einer Erklärung des ZK der KPCSR heißt es:

"Die westdeutschen regierenden Kreise versuchen, durch das provokatorische Verbot der KPD den 'Kalten Krieg' zu erneuern und die internationale Atmosphäre zu vergiften. Der Terrorfeldzug gegen die KPD ist auch ein offenes Eingeständnis der aggressiven Anschläge gegen die Macht der Arbeiter und Bauern in der DDR und eine Bestätigung der feindseligen Politik gegenüber den Ländern des Sozialismus."

10. .....und zur SPD

Auch im Monat August versucht die kommunistische Presse in der CSR das Märchen aufzutischen, daß zwischen der Führung und der Mitgliedschaft in der SPD schwerste Differenzen bestünden. Im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot schreibt "Rude Pravo" unter der Überschrift "SPD-Führer machen gemeinsame Sache mit Adenauer" u. a. folgendes:

"Die Führer der SPD haben offenbar aus den traurigen Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt. Obwohl es vielen der einfachen Mitglieder und kleineren Funktionäre klar ist, daß ebenso wie 1933 nach den Kommunisten die Sozialdemokraten darankommen sollen, hat die Führung der SPD nicht nur nichts getan, um das Verbot der KPD zu verhindern, sondern beteiligt sich jetzt auch noch aktiv an der Verfolgung gegen die Kommunisten."

11. Handelsbeziehungen zu nichtkommunistischen Staaten

Im Verlauf des Monats August berichteten Presse und Rundfunk fast täglich über den Abschluß oder die Anbahnung von Handelsabkommen mit nichtkommunistischen Ländern.

Am 14. August wurde ein Handelsabkommen mit Island abgeschlossen. Island wird hauptsächlich Fischprodukte, die CSR hingegen Maschinen, Textilien, Automobile und Glaswaren liefern.

Am 15. August wurde in Ankara ein Handelsabkommen mit der Türkei abgeschlossen.

Am 17. August meldete Radio Prag, daß das erste 3-Jahres-Handelsabkommen zwischen Ceylon und der CSR in Colombo unterzeichnet wurde. Die CSR liefert Maschinenteile im Austausch für Rohmaterialien.

In Karachi unterzeichneten Vertreter der CSR und Pakistans ein Abkommen, wonach die CSR Maschinen und Maschinenteile im Austausch für Rohmaterialien und Konsumgüter liefern wird (Radio Prag vom 24. August).

12. Berichte von Spätheimkehrern

Spätheimkehrer, dievor kurzem nach der Bundesrepublik entlassen wurden, berichten übereinstimmend, daß die Entwicklung in der Welt und der Wiederaufstieg Deutschlands bei vielen Tschechen und Slowaken eine Aufgeschlossenheit und eine Bereitschaft hervorgerufen haben, alle Probleme sachlich und leidenschaftslos zu behandeln. Auch habe die politische Gruppierung des tschechischen Volkes in den letzten Jahren eine wesentliche Vereinfachung erfahren. Demnach gibt es heute 3 große Gruppen: 1. Anhänger des Regimes, 2. Gleichgültige, 3. Gegner des Regimes.

Da die Kommunisten bei den letzten "freien Wahlen" im Jahre 1946 (einige Parteien wie z. B. die Agrarpartei waren damals bereits verboten) etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnten, werden in der CSR allerlei Überlegungen darüber angestellt, über wieviele Anhänger sie gegenwärtig verfügen. Nach den Berichten der Spätheimkehrer sind die Kommunisten davon überzeugt, mehr als die Hälfte aller Menschen zu ihren Anhängern zählen zu können, während die Gegner des Regimes ihnen 15 % geben. Die Spätheimkehrer schätzen den kommunistischen Anhang auf 30 bis 40 %, es sei jedoch außerordentlich schwierig, auch nur ein einigermaßen richtiges Bild des heutigen Kräfteverhältnisses zu geben. Die großen sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen der vergangenen 10 Jahre haben Kräfteverschiebungen nach beiden Seiten zur Folge gehabt.

13. Die Lage in den Grenzgebieten

Die Lage im Sudetenland ist nach wie vor durch den Verfallvon Gebäuden, dem brachliegenden Ackerland und überhaupt das Scheitern der Wiederbesiedlung der Grenzgebiete gezeichnet. Die Verhältnisse unterscheiden sich in einigen wesentlichen Punkten von denen im Innern des Landes. So haben die Kommunisten das Heft nicht fest in der Hand, was sich insbesondere bei Betriebsversammlungen bemerkbar macht. Auch haben einige Parteiversammlungen abgesagt werden müssen, weil keine Zuhörer erschienen waren. Die offiziellen tschechoslowakischen Stellen beziffern die zurückgebliebenen Sudetendeutschen auf 175.000.

Interessant ist noch, daß im Zusammenhang mit der Suez-Krise im Sudetenland es zu einer panikartigen Stimmung gekommen ist. Diese Stimmung wurde durch das Gerücht hervorgerufen, die Suez-Krise werde einen Krieg nach sich ziehen und im Zuge dieser Aktion würde das Sudetengebiet besetzt werden. Eine nachträtliche Bestätigung dieser Schilderung gibt "Rude Pravo" vom 5. 9. Dort heißt es, den Nationalausschüssen in den Grenzgebieten sei es gelungen, die "unter der Bevölkerung entstandene Unruhe" zu besänftigen. Die im Grenzgebiet verbreiteten Gerüchte, daß es wegen der Suez-Krise zu einem Krieg kommen werde, seien bewußte Panikmache. Den Nationalausschüssen, die der Bevölkerung die richtige Lage erklärten, sei es zudanken, daß eine Beruhigung in diesen Gebieten eingetreten sei.

III. U N G A R N

1) Gesamtüberblick

In der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung im Monat August wirkten sich die Beschlüsse des ZK der "Partei der ungarischen Werktätigen" vom 23. Juli und des Parlaments vom 31. Juli aus. Seit Monatsbeginn reisen die führenden Staats- und Parteifunktionäre im ganzen Land herum, um in unzähligen Parteiversammlungen und öffentlichen Kundgebungen die Tragweite der Beschlüsse zu erläutern und den "Neuen Kurs" als eine "Stabilisierung der sozialistischen Demokratie" zu propagieren. Dabei wurden die Reduzierung der Streitkräfte , die neue Arbeitsweise des Parlaments, die Einstellung des Regimes zur Kirche, die Frage der Kollektivierung in der Landwirtschaft, die Aussenpolitik der Regierung (insbes. aber die Beziehungen zu Jugoslawien!), die Aufhebung verschiedener Polizeivorschriften und die verschiedenen Aspekte des neuen Fünfjahrplanes besonders hervorgehoben. In diesem Zusammenhang kehrte die Behauptung, wonach Ungarn seit dem XX. Parteitag der KPdSU wieder ein Rechtsstaat sei, in vielen Varianten wieder und wurde durch Meldungen über Freilassungen oder Rehabilitierungen erhärtet.

Eine Analyse des neuen Fünfjahrplanes ergibt , dass gegenüber der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre nur eine geringfügige Änderung vorgenommen wurde. Auch hat sich die von amerikanischen Agenturen verbreitete Nachricht als falsch erwiesen, wonach mit dem Sturz RAKOSIs auch das Ende der Kollektivierungsbestrebungen gekommen sei. Wenn schon etwas auf eine Kursänderung schliessen lässt, so sind es die verschiedenen Freilassungen und Rehabilitierungen, die Verlagerung gewisser Kompetenzen von der zentralen auf die provinzielle Ebene und die Ermunterung zur Kritik. Allerdings lässt das Regime keinen Zweifel darüber aufkommen, dass es zwischen einer "produktiven" und einer "schädlichen" Kritik peinlich unterscheiden werde, womit die neue Führungsschicht dem § 55 der Verfassung (Meinungs- und Redefreiheit usw.) ihre eigene Auslegung gegeben hat. Auffällig ist auch, dass die Petöfi-Diskussionen abgeklungen sind. Die Parteiführung betont jetzt immer wieder, dass denen, die in den vergangenen Monaten "ehrliche und sozialistische" Kritik geübt haben, durch die Beschlüsse des ZK Genüge getan worden sei. Für "zersetzende " Kritik habe man jedoch kein Verständnis, sie werde keinen Umständen geduldet werden. (GERÖ).

2) Personelle Umbesetzungen, Freilassungen und Rehabilitierungen

Der Absetzung Mathyas RAKOSIs und der Ernennung Ernö GERÖs zum ersten Sekretär der ungarischen KP folgten andere personelle Veränderungen in der Partei- und Staatsspitze, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

	jetzt	früher
Aussenminister	Imre HORVATH	Janos BOLDOCZKI (als Botschafter nach Moskau versetzt)
Minister für die Nahrungsmittelindustrie	Rezso NYERS (bisher st.Leiter des Nationalrates f. Handelskooperativen)	Ivan ALTOMARE
Minister für Erziehung	Dr. Albert KONYA	Tibor ERDEY-GRUZ (wurde wieder Gen.Sekr. der Akademie der Wissenschaften)

Das Ministerium für Energiewirtschaft und Chemische Industrie ist wieder (wie bis 1954) in zwei Ministerien geteilt worden, wobei Sandor CZOTTNER wiederum Minister für das Gruben - und Energiewesen und Gergely SZABO erneut Minister für die Chemische Industrie wurde. Der bisherige Leiter des Gesamtministeriums Arpad KISS hat den Posten eines Präsidenten des Nationalrates für Technische Entwicklung übertragen bekommen.

Istvan HIDAS, bisher einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten, rückte auf den Posten des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten nach, der durch die am 18. Juli erfolgte Bestellung von Ernö GERÖ zum Ersten Parteisekretär freigeworden war.

Soweit es den diplomatischen Dienst betrifft, ist Janos BOLDOZCKI zum Botschafter in Moskau ernannt worden (bisher Dr. Ferenc MUNICH).
Bela NEMETI geht als Botschafter nach Sofia anstelle von Joszef GABOR, der Botschafter in Prag wurde. Ausserdem wurde Joszef KARPATI zum ausserordentlichen Gesandten in den Haag nominiert. Ferenc MUNICH hat indes den Botschafterposten in Belgrad übernommen. (Radio Budapest vom 7. August).

Bereits mit GERÖs Bestellung im Juli wurde das Politbüro durch 4 neue Mitglieder erweitert, die teilweise als Gegner RAKOSIs gelten. Es sind dies: Janos KADAR, Karoly KISS, Gyorgy MAROSAN und Jozsef REVAI (sh. Anhang). Gleichzeitig wurde General Mihaly FARKAS, ehemals Verteidigungsminister, Mitglied des Politbüros und stellvertretender Sekretär des ZK, aus der Partei ausgestossen und seines militärischen Ranges enthoben. Er gilt jetzt als eine Art "Sündenbock" für die in der Vergangenheit "begangenen Justizirrtümer und die Mißachtung der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit".

Von den vier neuen Mitgliedern des Politbüros ist MAROSAN (der gleichzeitig zu einem Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde) ein ehemaliger

Sozialdemokrat. Ein weiterer ehemaliger Sozialdemokrat, der ebenfalls aus der Haft entlassen und rehabilitiert wurde, ist Arpad SZAKASITS, der früher Generalsekretär der ungarischen Sozialdemokratie und (von 1948-50) Präsident der Ungarischen Republik war. Diese beiden Politiker hatten die Zwangsverschmelzung mit der KP gegen den Widerstand von PAYER und Genossen durchgesetzt. Auf der Liste eingekerkerter Sozialdemokraten, die von der Labour Party den Sowjets überreicht worden war, waren ihre Namen nicht angeführt.

Nach seiner Rehabilitierung erklärte MAROSAN, dass die Resolution des ZK vom 23. Juli die Einheit der internationalen Arbeiterschaft und die weltumspannende Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten festigen würde. Er gab zwar zu, dass in Ländern, in denen die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien vereinigt wurden, "schwerwiegende Fehler" begangen worden seien, erklärte aber, dass diejenigen, die heute nur die Verfehlungen sähen, das "Leben und die Realitäten" verneinen. Zwischen den beiden Parteien gäbe es keine unüberbrückbaren Gegensätze. Arpad SZAKASITS erklärte nach seiner Freilassung, dass ihn besonders die freimütige Art beeindrucke, in der vergangene Fehler kritisiert werden. Er nannte die Resolution des ZK einen grossen Fortschritt und hob vor allem hervor, dass durch sie die "verletzende Ungerechtigkeit " gegen die Sozialdemokraten wieder gutgemacht worden ist (Radio-Interview im Sender Kossuth v. 22. August). Trotz der Rehabilitierung der beiden ehemaligen Sozialdemokraten ist jedoch das Schicksal zahlreicher Eingekerkerter, die sich der Zwangsverschmelzung mit der KP widersetzt hatten, nach wie vor ungewiss. (sh. Anhang II). Ob auch ihre Freilassung in den "Neuen Kurs" miteinkalkuliert wurde, ist vorerst noch nicht abzusehen.

Neben einer Reihe von Priestern, die wegen politischer Delikte zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren und jetzt freigelassen wurden, ist auch, wie am 16. August bekanntgegeben wurde, der ungarische Vertreter der amerikanischen Nachrichtenagentur AP Andre MANTON (dessen Verurteilung als "Spion" zu 13 Jahren Gefängnis grosses Aufsehen erregt hatte) überraschend auf freien Fuss gesetzt worden. Am 17. August stellte man Bela KOVACS, den nach 9 Jahren Haft vor vier Monaten amnestierten ehemaligen Generalsekretär der ungarischen Kleinbauernpartei, zum erstenmal wieder in der Öffentlichkeit heraus. In einem Interview mit der Fünfkirchner Tageszeitung "Dunantuli Naplo" versuchte er ganz eindeutig, öffentliche Festlegungen zu vermeiden und erklärte beispielsweise über die landwirtschaftliche Entwicklung:

"Es ist nicht leicht für mich, darüber objektive Feststellungen zu treffen, da ich nicht ausreichend informiert bin."

Nach seiner Ansicht über die "Vaterländische Front" befragt, antwortete er:

"Leider weiss ich garnichts darüber.... falls es ihre Aufgabe ist, die Entwicklung unserer Staatsdemokratie und die Entfaltung einer wohlmeinenden Kritik der Nichtparteimitglieder zu fördern, kann sie eine starke Stütze des ungarischen Sozialismus werden..."

Lediglich zum Problem der Kollektivierung wurde er etwas präziser und meinte, man solle beim Aufbau der Kollektive die traditionelle Unabhängigkeit der ungarischen Landbevölkerung berücksichtigen.

Ob und inwieweit die volle Rehabilitierung von Imre NAGY und Lazjlo RAJK fortgeschritten ist, lässt sich noch nicht übersehen. Offensichtlich ist NAGYs Stern wieder im Steigen, worauf auch die demonstrativen Feierlichkeiten anlässlich seines 60. Geburtstages, den er im Juli beging, hindeutet. Sämtliche Mitglieder der Regierung und auch der damals in Budapest weilende SUSLOW statteten ihm Gratulationsbesuche ab. Auf der anderen Seite war GERÖs Erklärung, wonach nur "solche Genossen wieder in hohe Funktionen kommen könnten, die sich voll und ganz zur Parteilinie bekennen" ganz eindeutig auf NAGY gemünzt. Die Frage der Rehabilitierung RAJKs ist in der ungarischen Presse wieder aufgegriffen worden. Zwar hatte bereits im März RAKOSI eine "Ehrenerklärung" für RAJK abgegeben, aber sein "Andenken ist noch immer von verdächtigem Schweigen umwittert. Warum fürchten wir uns, zuzugeben, dass wir den grossen Kommunisten Laszlo Rajk und seine unschuldigen Kameraden bisher zu Unrecht geächtet haben?" (Die Tageszeitung "Nepsza...

Im übrigen kritisierte "Szapad Nep" die Lethargie, mit der die Parteigliederungen auf die Empfehlung des ZK reagiert haben, wonach "Parteiämter auch an Genossen übertragen werden sollen, die im Rahmen der Entstalinisierung in letzter Zeit rehabilitiert worden sind".

3) Die Entwicklung zur "sozialistischen Demokratie"

Der Verfassungstag (Jahrestag der Verkündung der "volksdemokratischen Verfassung" 1949) bot den Partei- und Staatsführern noch einmal Gelegenheit, die "demokratische" Zukunft des Landes in den schillerndsten Farben zu schildern. Dabei schreckte man auch vor der Verwendung von Phrasen und Superlativen nicht zurück, die in mancher Hinsicht an die Ära STALINs erinnern. In einem Leitartikel in "Szapad Nep" vom 19. August heisst es u.a.:

"Alles, was vor sieben Jahren niedergeschrieben und durch das Parlament zum Gesetz erhoben wurde, hat sich als geschichtlich unabänderlich erwiesen. Unsere Verfassung, die den grossen historischen Sieg der ungarischen Arbeiterschaft festigt, ist tausendmal demokratischer als die demokratischste aller bürgerlichen Verfassungen. In den vergangenen

Jahren wurde diese demokratische Entwicklung durch den Personenkult und andere Fehler gehemmt. Das konnte nur geschehen, weil der § 55, der die Meinungs- und Redefreiheit und die Freiheit der Presse garantiert, nicht genügend beachtet wurde."

"Im Rahmen der Demokratisierung des gesamten Lebens im Lande muss auch die Demokratie in den Betrieben weiter entwickelt werden. Das wichtigste Forum für die 'soziale Kontrolle' ist die Produktionskonferenz..." (Szapad Nep vom 7. August)

"In den vergangenen Jahren haben wir die Gesetze unserer Verfassung nicht immer eingehalten, ja gegen die wichtigsten öfters verstossen. Diese Fehler sind mit einer geradezu unvorstellbaren Aufrichtigkeit kritisiert worden. Das ZK der Partei hat uns nun gezeigt, wie diese Fehler zu korrigieren sind." (Antal APRO, Mitglied des ZK auf einer Massenversammlung am 19. August).

Neben der ständig wiederkehrenden Formel von den "Fehlern in der Vergangenheit" werden aber auch einige Maßnahmen der Gegenwart offen kritisiert. Diese sind jedoch nicht ideologischer, sondern rein technischer Natur. Auch wird bemängelt, dass viele Parteimitglieder die Beschlüsse des ZK nicht "richtig interpretiert haben". Das Parteiorgan "Szapad Nep" schreibt am 8. August, dass es falsch wäre, anzunehmen, dass in den Ministerien die Durchführung der Beschlüsse des ZK und des Ministerrates glatt vor sich geht. Vor kurzem, so schreibt das Blatt weiter, skizzierte ein Vorsitzender eines Kreisrates die Einstellung der oberen Dienststellen wie folgt:

"Nur wenn sie es nicht mehr verhindern können, geben sie ein Stück ihrer Autorität ab ... und wenn es in keiner Weise die Sonderinteressen des Ministeriums beschneidet."

Die Zeitung fragt dann:

"Warum müssen Transportunternehmungen immer noch ihre Gewerbescheine beim Ministerium für Post und Transport ausstellen lassen und warum behält sich das Aufbauministerium immer noch das Recht vor, über die Zulassung von Mauerern und Zimmerleuten zu entscheiden?"

Am 29. August begeht "Szapad Nep" allerdings bereits eine kleine Kehrtwendung und kritisiert die "unzulässige" Art und Weise der Kritik an den Ministerialbeamten. Das Parteiorgan entschuldigt "Verfehlungen" mit dem Hinweis, dass die Beamten in unserer Volksdemokratie meist aus dem Arbeiter- und Bauernstand herangebildet wurden und mit ihrer neuen Arbeit noch nicht ganz vertraut sind. Sie geben sich aber redliche Mühe und das muss anerkannt werden,..."

4) Kollektivierung und Kulaken

In einer Rede, die Ministerpräsident Andras HEGEDÜS am 12. August in Odenburg hielt, wies er darauf hin, dass alle Gerüchte falsch seien, die von dem Ende des Kollektivsystems in der Landwirtschaft wissen wollten. Der Ministerpräsident erklärte weiter, dass nun alle Anstrengungen darauf gerichtet sein müssten, praktische Aufbauarbeit zu leisten mit dem Ziel, die Wirtschaft des Landes zu stärken und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben (Radio Kossuth vom 13. August). Und Lajos ACS, Sekretär des ZK erklärte in Szolnok:

"Jetzt können die Kollektive langfristige Kredite (die ihnen im Rahmen des "neuen Kurses" zugesagt worden sind) verwenden ... sie werden in der Lage sein, mit den mittleren Bauern zu konkurrieren ... Partei und Regierung hoffen, dass alle Bauern die neuen Massnahmen richtig verstehen und dass sie den Kollektiven bald beitreten werden."
(Radio Kossuth vom 15. August)

In ähnlichem Sinne haben sich auch andere Spitzenfunktionäre geäussert. Dadurch wird (entgegen der Auffassung einiger westlicher Experten) deutlich, dass die neue Politik nicht auf eine Abkehr von der Kollektivierung, sondern vielmehr auf deren verstärkte Fortsetzung abzielt. "Szapad Nep" liess am 27. August durchblicken, dass man die selbständigen Bauern dazu bewegen werde, bis zum Jahresende den Kollektiven beizutreten. Im Lichte dieser Landwirtschaftspolitik werden auch die jüngsten Rehabilitierungen von Kulaken verständlich, denen in Presse und Rundfunk breiter Raum gewidmet wird, offensichtlich mit der Absicht, diese Grossbauern mit dem Regime "auszusöhnen", sie aber gleichzeitig für die Kollektivierung zu "gewinnen". Fast täglich verbreiteten Presse und Rundfunk im August Meldungen und Kommentare, für die die nachstehend angeführten Beispiele charakteristisch sind:

"Ein junger Bauer, Sohn eines Kulaken, war vor 2 Jahren als Klassenfeind und Kulak aus seinem Dorf vertrieben worden. Der Fall wurde jetzt wieder aufgegriffen und der Kulak rehabilitiert. Der Oberste Staatsanwalt der ungarischen Republik, Gyorgy NON, fuhr selbst in den Kreis Veszprem, um dafür zu sorgen, dass Mihaly Koch wieder seinen alten Posten in einer Staatsfarm antreten kann. Hier ist wieder einmal der Geist des XX. Parteitages siegreich geblieben."
(Die Zeitung "Nepszava" vom 7. August).

"16 rehabilieirte mittlere Bauern haben sich einem Kollektiv angeschlossen und sich dort ausserordentlich nutzbar gemacht."
(Radio Kossuth vom 7. August)

"Im Kreis Baranya wurden mittlere Bauern, die ungerechterweise als Kulaken klassifiziert und aus den Kollektiven ausgestossen worden waren, wieder aufgenommen. Im Bezirk Mohacs wurden bisher 60 rehabilitierte Bauern wieder im Kollektiv aufgenommen. "
(Radio Kossuth vom 8. August)

"Im Kreis Hajdubihar fand eine Konferenz der Kollektive mit rehabilitierten mittleren Bauern statt ... freundschaftliche Diskussionen"
(Radio Kossuth vom 9. August)

" Eine der wichtigsten Massnahmen (im Zuge der Demokratisierung) stellt die Rehabilitierung der mittleren Bauern dar, die als Kulaken bezeichnet worden waren..."
("Szapad Nep" vom 19. August)

Diese Massnahmen haben dem kommunistischen Regime aber auch einen Prestigeverlust eingebracht, der die Landbevölkerung zu einer heftigen Kritik ermutigte. Jahrelang wurde der Bevölkerung eingehämmert, dass die Kulaken "Klassenfeinde" und "Schädlinge der Gesellschaft" seien; eine Polemik, an der sich auch die heutigen Führer lebhaft beteiligten. So sah sich Ministerpräsident HEGEDÜS veranlasst, auf seiner am 15. August abgehaltenen Pressekonferenz zu erklären:

"Unglücklicherweise ist diese Frage (Rehabilitierung der Kulaken) in der Presse ganz einseitig dargestellt worden, nämlich so, als gäbe es auf dem Lande keine Klassenfeinde. Das ist nicht wahr! Es gibt einen Klassenfeind, und zwar einen sehr mächtigen..."

Und darauf "Szapad Nep" am 17. August:

"Das Kulakenproblem und die Rehabilitierung von mittleren Bauern werden überall lebhaft diskutiert. In vielen Dörfern werden dabei irreführende Berichte und Gerüchte verbreitet. Was geschieht mit denen, die immer noch als Kulaken registriert sind? Unser Staat ermöglicht es jedem Kulaken, sein Land zu bestellen, und seine Ablieferungs- und Steuerpflichten zu erfüllen. Wenn er aber seinen Hof vernachlässigt oder sich vor der Erfüllung der Verpflichtungen drückt, dann werden die Gesetze des Staates gegen ihn zur Anwendung gebracht werden".

5) Wirtschaftspolitik (Fünfjahresplan)

Der neue Fünfjahresplan lässt keine wesentliche Veränderung der Wirtschaftspolitik erkennbar werden. Zwar sind einige "liberale" Massnahmen in Aussicht gestellt worden (z.B. Verkürzung der Arbeitszeit), im grossen und ganzen sind jedoch die Abweichungen vom alten Kurs geringfügig. Zwei Punkte ver-

dienen Erwähnung:

1. Eine (aber nur geringe) Verlagerung zugunsten der Konsumgüterindustrie;
2. Die Abschaffung der (bisher obligatorischen) Zeichnung der Staatsanleihe.

Die zweite Maßnahme dürfte eine gewisse Erleichterung zur Folge haben und wird von den Arbeitern sicherlich als Fortschritt bewertet werden. In keiner Phase geht der neue Fünfjahresplan jedoch so weit, wie NAGYs "liberale" Wirtschaftspolitik, die auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen abzielte, ohne dabei "Wunder" zu schaffen.

Eine weitere Massnahme wird sich vielleicht auf die Ökonomie des Landes günstig auswirken: Auf einer Massenversammlung in Kecskemet gab Verteidigungsminister BATA bekannt, dass die Regierung die Verteidigungsausgaben um 35 % kürzen und die Truppenstärke um weitere 35.000 Mann reduzieren werde.

6) Aussenpolitik

a) Die ungarisch-jugoslawischen Beziehungen

In Budapest macht folgender Witz die Runde:

"Warum gleicht Tito einem Fußball?"

"Zuerst haben wir ihn aufgeblasen, dann in ihn hineingedroschen, und jetzt laufen wir ihm nach."

Dieser Witz charakterisiert die krampfhaften Bemühungen des ungarischen Regimes, freundschaftliche, gute Beziehungen zu Belgrad anzuknüpfen. Presse und Rundfunk wetteifern in dem Bemühen, über den "Erfolg" dieser Bestrebungen berichten zu können, es ist jedoch offensichtlich, dass das "Liebeswerben" in Jugoslawien mit einer gewissen Zurückhaltung quittiert wird.

Am 6 August berichtete Radio Budapest über den Abschluss eines Vertrages zwischen der ungarischen und jugoslawischen Luftfahrtgesellschaft. Der Sender tat das in einer Weise, die sonst nur bei ganz wichtigen Anlässen angewandt wird.

Eine dreiköpfige Delegation aus Jugoslawien traf in Ungarn ein, um an den Feierlichkeiten zum 500. Todestag von Janos HUNDAY teilzunehmen. Dieser gewiss unbedeutende Besuch wurde als "Beweis" für die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Jugoslawien kommentiert. (Radio Kossuth vom 8. August).

Ministerpräsident HEGEDÜS erklärte am 15. August:

"Jugoslawien hat unsere Einladung, eine Parlamentsdelegation nach Ungarn zu entsenden, <u>im Prinzip</u> angenommen. Wir hoffen, dass es noch dieses Jahr sein wird..." (Radio Kossuth vom 15. August).

Jeno GOTZ, stellvertretender Abteilungsleiter des Instituts für kulturelle Beziehungen unterstreicht die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu Jugoslawien... "Viele Fortschritte wurden gemacht..." (Radio Kossuth, 15.8.)

Ernö GERÖ führte freundschaftliche Besprechungen mitdem jugoslawischen Journalisten ZELMANOVIC. Die jugoslawischen Zeitungen berichten heute ausführlich darüber. "Politika" hebt dabei besonders den Beschluss der ungarischen Regierung hervor, wonach die Menschen, die im Jahre 1949 aus den ungarischen Grenzgebieten ausgewiesen wurden, jetzt zurückkehren können." (Radio Kossuth vom 27. August).

b) Die ungarisch-österreichische Grenze

Am 15. 8. teilte Ministerpräsident HEGEDÜS mit, dass die Maßnahmen zur Entfernung der Drahtverhaue und Minengürtel an der österreichischen Grenze bis zum September abgeschlossen sein werden. Inzwischen ließ "Szapad Nep" aber verlauten, dass die Beseitigung der Grenzsperren aus "technischen Gründen" mehr Zeit beanspruchen würde.
Schliesslich erklärte Ernö GERÖ, dass die Sperren zwar aufgehoben, die "anderen Massnahmen", die eine Einschleussen von Spionen und Saboteuren verhindern sollen, jedoch verstärkt werden musste. In diesem Zusammenhang interessiert, dass der österreichische Staatsbürger Johann FELDBACHER aus Ungarn ausgewiesen wurde. "Er war als Tourist in unser Land gekommen, benutzte jedoch seinen Aufenthalt dazu, Waren zu schmuggeln und Spionen Direktiven zu übermittel". "Radio Kossuth" vom 23. August).

c) Die Suez-Krise in ungarischer Sicht

Der Suez-Krise, über die der Budapester Rundfunk laufend berichtete, widmete das Zentralorgan "Szapad Nep" mehrere Leitartikel:
"Suez und die Londoner Konferenz" vom 15. August:

"... Niederlage für die Westmächte. Die Entfacher einer künstlichen Kriegshysterie mussten zusehen, wie sich die öffentliche Meinung in der ganzen Welt gegen sie wendet. Washington gefällt sich dabei in der Rolle des Vermittlers. Das ungarische Volk hofft, dass der Frieden halten bleibt und die wahre Sache Ägyptens siegt..."

"Nach der Londoner Konferenz" vom 25. August:

"Ägypten und die anderen arabischen Völker konnten wieder einmal sehen, wer ihre wahren Freunde sind. Wenn England sich zu militärischen Operationen hinreissen lässt, kann es nur auf die Unterstützung Frankreichs rechnen, Ägypten wird nicht allein sein..."

d) KPD-Verbot

Dem Verbot der KPD widmete "Szapad Nep" zwei Leitartikel, in denen sich die gesamte SED-Polemik widerspiegelt. Ansonsten sind nicht so viele "Protestresolutionen und-versammlungen" zu verzeichnen, wie etwa in der CSR oder der Sowjetzone.

7) Die "Randsektoren" der KP

Die Bemühungen der KP, solche "Randsektoren", wie die Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Intellektuelle unter Kontrolle zu halten, gehen, wie einige Meldungen erkennen lassen, offensichtlich weiter. Soweit es sich um die Gewerkschaften handelt, wird erst ihr Kongress im September Rückschlüsse über etwaige Kursänderungen usw. zulassen. In einem Leitartikel des "Szapad NEp" vom 29. August, werden die 150.000 Vertrauensleute in den Betrieben aufgefordert, die "Interessen der Arbeiter besser zu vertreten, als dies bisher der Fall war. Ihre Hauptaufgabe bestehe aber nach wie vor darin, bei der Erfüllung der grossen Ziele, die sich die Partei gesetzt hat, mitzuwirken und für die Einhaltung des Produktionssolls Sorge zu tragen."
Radio Kossuth meldete am 30. August, dass sich das nächste Plenum des Nationalrates der Gewerkschaften u.a. mit der Frage beschäftigen werde, ob die 5-Tage-Woche bereits eingeführt werden kann.
Dass es indes unter den einfachen Arbeitern auch "Rehabilitierte" gibt, davon zeugt eine Meldung des Budapester Rundfunks vom 21. August, in der es u.a. heisst:

"Istvan MUELLER und seine Frau waren Arbeiter in einem Kraftwerk. Weil sie dort offen Kritik geübt hatten, wurden sie fristlos entlassen und ihrer bürgerlichen Rechte beraubt. Jetzt wurde der Fall erneut untersucht und festgestellt, dass ihnen seitens der Betriebsleitung Unrecht zugefügt wurde. Beide kehrten an ihre Arbeitsplätze zurück. Der ausgefallene Lohn muss ihnen zurückerstattet werden."

Am 28. August veröffentlichte "Szapad Nep" einen Artikel zum Jugendproblem, in dem es u.a. heisst:

"Die Arbeit unter der Jugend ist durch Widersprüche und Rückschläge gekennzeichnet ... die Führung des Jugendverbandes hat vieles vernachlässigt. Viele Jugendliche sind noch indifferent ... eine der Hauptaufgaben der Partei muss es sein, die Jugendorganisation auf den richtigen Weg zu führen.... vor allem auf ideologischen Gebiet..."
"Am 30. 8. fand die 5. Sitzung des ZK des Jugendverbandes statt. SZAKALY, 1. Sekretär des ZK sprach über die Bedeutung der Juli-Resolution für die Jugendarbeit. In der darauffolgenden Diskussion wurde deutlich, dass die meisten Jugendfunktionäre die Darstellung ihres Sekretärs als zu 'optimistisch' ansahen.".. (Radio Kossuth vom 31. August).

8) Anhang I

Ernö GERÖ (sein richtiger Name ist SINGER). 1. Stellvertretender Ministerpräsident seit 1953. Wurde im Jahre 1898 als Sohn eines jüdischen Lederhändlers geboren. Schloss sich 1918 der Arbeiterbewegung an und wurde unter der kurzen kommunistischen Diktatur ein "Jungarbeiterführer". Später wurde er eingesperrt und kam dann im Zuge eines Gefangenenaustausches zwischen Ungarn und der SU nach Moskau, wo er sich sofort wieder der Parteiarbeit widmete und bald ein führender Funktionär der Komintern wurde. Kehrte1944 nach Ungarn zurück und wandte sich Wirtschaftsfragen zu. Sohat er erheblichen Anteil an der Durchführung des ersten Fünfjahrplanes. Bekleidete zwischen 1945 und 1954 verschiedene Ministerposten.

Janos KADAR Innenminister 1948-50. Seit 1951 verschwunden, wahrscheinlich inhaftiert. 1953 freigelassen. Vor dem Kriege Sekretär des illegalen kommunistischen Jugendbundes. Reorganisierte nach dem Kriege die Budapester Polizei.

Karoly KISS Aussenminister 1951-52. Erklärte im Petöfi-Kreis am 18. Juni: "Keine Macht kann die Partei in die Periode vor dem XX. Parteitag zurückversetzen."

Georgy MAROSAN
Ehem. stellvertr. Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei. Führende Rolle bei der Verschmelzung mit KP. Wurde stellvertr. 1. Sekretär der KP. 1951 inhaftiert und 54 freigelassen

Jozsef REVAI Ehemaliger Chefredakteur von "Szapad Nep". Mitglied des ZK. Mitglied des Politbüros seit 1945, im Zuge des "Neuen Kurses" im Jahre 1953 jedoch ausgebootet.

9) Anhang II

Bei den ungarischen Wahlen im November 1945 waren Kommunisten mit den Sozialdemokraten gleich stark. 1947 gewann die prokommunistische Richtung in der Sozialdemokratie (unter Mithilfe der KP und ihrer Geheimpolizei) die Oberhand und die Verschmelzung mit der KP wurde vollzogen, wobei SZAKATSITS und MAROSAN eine führende Rolle spielten.

IV. In leidenschaftlichen Diskussionen

(Über die literarischen Diskussionen in den Ländern der Volksdemokratie)

Unter dieser Überschrift brachte die sowjetische Zeitschrift "Literaturnaja Gazeta" einen Beitrag, aus dem wir die folgenden Auszüge bringen:

"Die Kunst der volksdemokratischen Länder erlebt einen stürmischen Aufstieg, sie tritt in eine neue Periode ihrer Entwicklung. Das bezeugen auch die in der letzten Zeit erschienenen Kunstwerke, die von einer harten und erfolgreichen Arbeit der Schriftsteller sprechen, sowie die lebhaften Diskussionen über die wichtigsten Kunstfragen, die sich insbesondere nach dem XX. Parteitag der KPdSU entwickelt haben.

Das vergangene Halbjahr 1956 war sehr reich an schöpferischen Diskussionen. Sie fanden auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Schriftsteller sowie auf der XIX. Session des Rates für Kultur und Kunst der Polnischen Volksrepublik, auf den Versammlungen der Schriftstellerorganisationen Ungarns und Bulgariens, auf den Tagungen der Schriftsteller der Tschechoslowakei und Rumäniens statt. Die Behandlung der Fragen des sozialistischen Realismus stand im Zentrum der speziellen Diskussionen, die Anfang Juli dieses Jahres in der ungarischen Akademie der Wissenschaften stattfand.
Eine bezeichnende Linie in allen diesen Diskussionen war der breite, freie Meinungsaustausch, eine leidenschaftliche Kritik und Selbstkritik, sowie die Bestrebung der Schriftsteller und der Kritiker, gerade und offen über die Mängel ihrer Arbeit zu sprechen und Mittel zu suchen, um sich von diesen Mängeln zu befreien. Die Probleme, die dabei berührt wurden, werden auch jetzt noch in der Presse debattiert und rufen ein nicht nachlassendes Interesse in weiten Leserkreisen hervor, was vom bedeutenden Wachstum der gesellschaftlichen Rolle der Literatur in den volksdemokratischen Ländern zeugt.

Besonders intensiv wird von der schriftstellerischen Öffentlichkeit die Frage nach der schöpferischen Methode der neuen Kunst behandelt, die dazu berufen ist, beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu helfen und den komplizierten Prozeß der Lebenswandlung in den Ländern der Volksdemokratie wahrheitsgemäß widerspiegeln. Die Polemik um das Problem des sozialistischen Realismus, die sich in den letzten Monaten in den volksdemokratischen Ländern entwickelt hat, stellt ein bezeichnendes Symptom der Mannbarkeit der Literatur, ein Sumptom der Vorwärtsbewegung, dar.

Das Gorkij-Institut für Weltliteratur der Akademie der Wissenschaften der UdSSR führte vor kurzem, zusammen mit dem Institut für Slawistik, eine Besprechung der ersten Ergebnisse dieser Diskussionen. Da wir keine Möglichkeit haben, den ganzen Kreis der berührten Fragen zu erfassen, wollen wir in diesem Artikel den Inhalt der erwähnten Besprechung summarisch wiedergeben. Die Redner vermerkten, daß die Diskussionen über die Probleme des sozialistischen Realismus in den volksdemokratischen Ländern eine große positive Bedeutung haben. Die heftigen Diskussionen über die schöpferische Methode der zeitgemäßen Literatur finden unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Personenkult und seine Folgen, unter dem Zeichen des Kampfes für die weiteren Erfolge der fortschrittlichen Kunst statt. Die Schriftsteller und die Kritiker der volksdemokratischen Länder treten mit der Verurteilung des Dogmatismus, den Methoden der Administrierung der Literatur und somit auch der sektiererischen und nihilistischen Einstellung zu dem grossen literarischen Nachlaß der Vergangenheit entgegen.

Jedoch traten bei der Verurteilung des Personenkultes im literarischen und gesellschaftlichen Leben einige Kritiker und Literaten in den Ländern der Volksdemokratie und besonders in Polen mit revisionistischen Erklärungen im Geiste des kriegerischen bourgeoisen Liberalismus auf. Eine solche "Selbstkritik", die sich dem Wege nach in eine allgemeine Verneinung der Errungenschaften der fortschrittlichen Literatur und Kultur in den Ländern der Volksdemokratie verwandelt, hat mit den Interessen der Volksmassen und mit den Interessen der Kunst, die berufen ist, dem Volke zu dienen, nicht gemeinsam.

'Das Haupt mit Asche zu bestreuen und wegen derbegangenen Fehler zu jammern, ist eines Kommunisten genau so unwürdig, wie Hochmut zu zeigen', schrieb M. PUJMANOVA in dem Artikel "Was nun?". Ihre Worte, die für einige tschechische Kollegen bestimmt waren, passen auch auf die anderen Schriftsteller und Kritiker, die versuchen, alles daszu streichen, was in dem letzten Jahrzehnt in der Literatur der Länder der Volksdemokratien geschaffen wurde.

Viele Teilnehmer der Diskussionen erkannten jedoch die großen Traditionen des kritischen Realismus und gaben zu, daß seine Möglichkeiten in unseren Tagen nicht erschöpft sind. So sagte ein Teilnehmer der Diskussionen, daß die Methode des sozialistischen Realismus den Kunstmalern behilflich sei, das gesellschaftliche Leben, die menschlichen Charaktere und Beziehungen in einer echten geschichtlichen Perspektive zu zeichnen, womit eine vollwertige, vielseitige Darstellung des Lebens in seiner Entwicklung erreicht wird.

'Die literarischen Werke der letzten 11 Jahre', heißt es in dem Schreiben des ZK der KP der CSR an die II. Tagung der Schriftsteller, 'stellen den wichtigen Anfangsschritt in der Sache der Aneignung der Methode des sozialistischen Realismus dar.'
'Dank der Aneignung der Methode des sozialistischen Realismus in der rumänischen, wie auch in der Literatur der nationalen Minderheiten, wurden Werke geschaffen, die viele Aspekte des Kampfes des Volkes in dieser Epoche des Beginns eines neuen Lebens wahrheitsgemäß widerspiegeln', konstatierte die Resolution der I. Tagung der rumänischen Schriftsteller.

Die Fragen des sozialistischen Realismus wurden auf der Versammlung der bulgarischen Schriftsteller, auf der die neuen Perspektiven der Entwicklung der Kunst der Volksrepublik Bulgarien besprochen wurden, eingehend behandelt. Über die spezifischen Linien der Methode des sozialistischen Realismus in der deutschen Literatur sprachen die Schriftsteller und Kritiker, die auf der IV. Tagung der Vereinigung der deutschen Schriftsteller auftraten.

Eine eingehendere Untersuchung der Vorzüge der Methode des sozialistischen Realismus hängt mit einer scharfen prinzipiellen Kritik der allgemeinen und speziellen Mängel in der Arbeit der einzelnen Schriftsteller und Kritiker, in der Tätigkeit der ganzen Organisationen, zusammen. So z. B. wiesen auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Schriftsteller bei der Besprechung des Zurückbleibens der Literatur hinter dem Leben, J. BECHER, A. SEGHERS, W. BREDEL, G. LUKATSCH, S. HEYM auf einzelne schwache Werke hin, die in den letzten Jahren in der DDR erschienen sind, und analysierten konkret die Mängel in der schöpferischen Arbeit.
In den Reden von A. MANDALIAN, W. MACH, K. BRANDYS, K. BUDSYK sowie von anderen polnischen Literaten klingt eine echte Sorge um die Literatur des sozialistischen Realismus mit. Die Mängel in der Literatur des letzten Jahrzehnts scharf kritisierend, zeigen sie gleichzeitig ihren kämpferischen revolutionären Charakter, ihre tiefe, innere Verbundenheit mit der progressiven Literatur der Vergangenheit. In ihren Reden stellen sie große und zeitgemäße Forderungen an alle Literaten, Kritiker und Literaturkundigen. Auf einer engen Verbundenheit der zeitgemäßen sozialistischen Kunst mit dem klassischen Erbe bestehend, vereinfachen fortschrittliche polnische Schriftsteller und Kritiker diese Frage nicht. 'Ein Schriftsteller', sagt K. BRANDYS, '...fürchtet sich vor der Versteinerung des lebendigen Materials in der eingefrorenen Form der großen Traditionen.'
Der rumänische Dichter M. BENJUK sprach auf der I. Tagung der rumänischen Schriftsteller über die Fehler, die von den leitenden Arbeitern der ideologischen Front zugelassen wurden - von dem Ersatz einer echten Führung

durch eine administrative, von den kritischen Arbeiten, die einen einseitigen Charakter haben, von dem schwachen Kontakt zwischen den Kritikern und der schriftstellerischen Masse, infolgedessen wurden die meist aktuellen schöpferischen Probleme nicht gelöst.

Die Scholastik und der Einfluß bestimmter administrativer Methoden, die im literarischen Leben bestanden, schreibt der junge rumänische Kritiker OPRJA, führten dazu, daß die Besonderheiten einiger künstlerischer Werke manchmal für die einzig bestehende und mögliche Besonderheiten des sozialistischen Realismus als Ganzem ausgegeben wurden.

Aufrichtig und voller Erregung klang die Rede W. BREDELs auf der Tagung der deutschen Schriftsteller, die gegen die Vereinfachung, gegen die mechanische Gleichstellung der politischen Tendenz und der künstlerischen Wahrhaftigkeit gerichtet war.
Viel Wahres war an der scharfen Kritik, die auf der Tagung tschechoslowakischer Schriftsteller von W. NESWAL an der tschechischen Prosa und in der Rede von F. BURIANEK an der slowakischen Prosa geübt wurde.

Jedoch, wie bereits vermerkt, fanden gleichzeitig mit der Kritik auch solche Auftritte statt, die im wesentlichen die Bestrebung zeigten, die Errungenschaften der jungen Literatur, die sich in den Ländern der Volksdemokratien entwickelt, zu verkleinern.

Die Teilnehmer an den Diskussion in den Instituten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR führten als Beispiel dafür die Rede des rumänischen Prosaikers A. SHAR an. Er verneinte die Errungenschaften der rumänischen Literatur in den Jahren der Volksmacht, predigte eine liberale Einstellung zu den Anzeichen der fremden Ideologie und verneinte die führende Rolle der Partei im kulturellen Aufbau.

Scharf und negativ äußerte sich über den sozialistischen Realismus der polnische Schriftsteller und Kritiker A. Slonimski, der in den Fehlern nicht die Folge der Methode des Administrierens, sondern einen mißlungenen literarischen Terminus sah. Dabei erlaubte sich A. SLONIMSKI beleidigende Bemerkungen über A. M. GORKIJ zu machen.

Mit einer unbegründeten Verneinung des sozialistischen Realismus als künstlerische Methode, trat der polnische Kritiker Jan KOTT auf. Gleichzeitig stellte sich KOTT auch gegen den kritischen Realismus des XIX.Jahrhunderts, den er anscheinend für veraltet ansah und der nach seiner Anschauung den ästhetischen Wert für die Gegenwart verloren hatte. Den sozialistischen

Realismus verneinend, hebt KOTT die "moderne" westliche bourgeoise Kunst des XX. Jahrhunderts hervor. Er meint, daß die Vertreter dieser Kunst echte Fortsetzer der humanistischen und rationalistischen Traditionen der Weltliteratur sind. KOTT bewertet die polnische Literatur der letzten zehn Jahre äußerst kritisch und ruft polnische Schriftsteller auf, sich gerade der 'modernen' westlichen Literatur des XX. Jahrhunderts zuzuwenden.

In seinem Artikel "Poesie und Revolution" schreibt Julian PSCHIBOS, daß "sich im Laufe der letzten 50 Jahre in Europa eine künstlerische Revolution entwickelt, die die vergangenen Jahrhunderte nicht gekannt haben.. Eine ihrer Grundtendenzen ist das Streben nach der Reinheit des künstlerischen Stils...' Er meint, daß nur die Dichter unserer Zeit zu wirklichen Dichtern werden konnten (Majakowskij, Aragon und andere), die durch diese Revolution gegangen und nicht den Traditionen gefolgt sind. Dabei stellt Pschibos den Umstand überhaupt nicht in Rechnung, daß das Suchen dieser Dichter nach Neuem sie schließlich zu dem tiefen und schöpferischen Begreifen dieser Traditionen geführt hat.

Subjektiven Charakter trugen auch einige Reden auf der II. Tagung der Schriftsteller der Tschechoslowakei, wie z. B. die Rede des bekannten Dichters der älteren Generation J. SEJFERT, der im wesentlichen das Prinzip des apolitischen Beurteilens der Poesie verteidigte.

Diese unrichtigen Grundlagen wurden im Verlauf der Besprechungen, der Reden, Auftritte und Artikel, in denen sie hervorgehoben wurden, einer, manchmal sehr heftigen, Kritik unterworfen. Die fortschrittlichen Literaten in den Ländern der Volksdemokratien bewiesen überzeugend und ausführlich die Unrichtigkeit der Anschauungen von KOTT, SLONIMSKI, PSCHIBOS und anderen. Noch wichtiger ist, daß das Leben selbst, die Kunst selbst und ihre erfolgreiche Entwicklung in den Ländern der Volksdemokratien ähnliche Anschauungen widerlegten.

Die Methode des sozialistischen Realismus, die die breiteste Freiheit der schöpferischen Individualität vorsieht, ist nicht eine Folge der abstrakten Theoretisierung. Sie ist organisch mit den vorhergehenden Etappen der Entwicklung der realistischen Kunst verbunden, und ihre Vorboten waren schon im XIX. und XX. Jahrhundert spürbar. Viele Schriftsteller der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die sich in den Rahmen des kritischen Realismus bereits zu eng gefühlt haben, waren die Vorgänger der Literatur des sozialistischen Realismus. Sie suchten neue künstlerische Mittel, um den neuen Inhalt, die neue Lebensanschauung zum Ausdruck zu bringen, eine Anschauung,

die die Stimmung der breiten Volksmassen, die gegen die kapitalistische Ausbeutung und Erniedrigung gekämpft haben, widerspiegelte. In dem Vorwort zu der italienischen Übersetzung des kommunistischen Manifests schrieb ENGELS über die historische Gesetzlichkeit der Erscheinung der Kunstliteratur, die von sozialistischen Idealen durchdrungen ist, und prophezeite das Erscheinen eines neuen Dante, der auf der Grenze der alten, kapitalistischen und der neuen, sozialistischen Ära stehen werde.

An der Grenze des XIX. und des XX. Jahrhunderts hat sich die Krise der bourgeoisen Kultur bedeutend verstärkt und vertieft.

...Im Kampfe mit diesen krankhaften Erscheinungen entwickelte sich die große Kunst der neuen Zeit, die klar und tief die gesellschaftlichen Konflikte der Epoche des Imperialismus widerspiegelte. In den Werken dieser echten neuen Kunst entstanden die Heldengestalten der Menschen, die zugleich Nachfolger der besten humanistischen Traditionen der Vergangenheit und Kämpfer für den neuen Humanismus voll wirklichen Strebens nach einer Umgestaltung der Welt waren. Die Künstler, die sich mit dem neuen und dringenden Wort an die weiten Kreise der Leser wendeten, waren, im Gegensatz zu den dekadenten Schriftstellern auch Nachfolger der besten literarischen Traditionen ihres Volkes.

Der Traum von Romain ROLLAND von der Schaffung der Volkskunst, die suche J. LONDONs, der in M. GORKIJ einen Vertreter des 'neuen Realismus' sah, der sich seinem ganzen Inhalt nach von dem Realismus TOLSTOJ-s und TURGENJEW's unterschied, das schöpferische Suchen anderer Schriftsteller sprechen überzeugend davon, daß nach ihren politischen und ästhetischen Anschauungen die verschiedensten Künstler, die das Herannahen einer neuen Etappe in der Entwicklung der Weltkunst deutlich gespürt haben, sie verbanden diese neue Etappe mit den großen sozialen Erschütterungen, die in dem gesellschaftlichen Leben bereits in Vorbereitung waren.

Die durch die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen und ästhetischen Entwicklung begrenzte neue Kunst - die Kunst des sozialistischen Realismus - begann sich in den Jahren nach der ersten russischen Revolution in verschiedenen Literaturen der Welt und in den verschiedensten nationalen Formen zu bilden, was durch eine, wenn auch nur oberflächliche, Gegenüberstellung ihrer früheren Werke wie "Mutter" von M. GORKIJ, "Feuer" von A.BARBUSE und der Romane von M. A. NEKRASOW bezeugt wird. Wie von der fortschrittlichen Kritik, von der fortschrittlichen Literaturwissenschaft allgemein anerkannt wurde, sind die Ereignisse der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu einem entscheidenden Stimulans der weiteren Entwicklung der

neuen Kunst geworden, woran sich vor kurzem auf der IV. Tagung der Vereinigung der deutschen Schriftsteller J. BECHER in seiner Rede erinnerte, worüber die Teilnehmer der I. Tagung der rumänischen Schriftsteller und die Teilnehmer der II. Tagung der Schriftsteller der Tschechoslowakei mit solcher Kraft und Dankbarkeit sprachen. Die Bedeutung der Oktoberrevolution für die Entwicklung der Weltliteratur wurde in den Erklärungen der bulgarischen Kritiker und Schriftsteller unterstrichen.

Jetzt, in den 50er Jahren des XX. Jahrhunderts, stellt die Literatur des sozialistischen Realismus eine riesige, sich schnell entwickelnde Erscheinung auf dem Gebiete der Kunst dar, die in ihren verschiedensten Formen in vielen Ländern vorgestellt wurde.

...In dem komplizierten Prozeß des Kampfes für die Schaffung einer neuen Kunst, der sich jetzt in den Ländern der Volksdemokratien entwickelt, nehmen sowohl bedeutende Schriftsteller, die Werke voll künstlerischer Kraft schaffen, als auch die jungen Schriftsteller, die erst in den letzten Jahren in der Literatur erschienen sind, teil. Über den Weg der alten Meister zu den neuen ästhetischen Idealen, zu den neuen schöpferischen Aufgaben, sprach tief...und voll Erregung M. SAOWSJANU auf der I. Tagung der rumänischen Schriftsteller.

...Diejenigen von den Teilnehmern der Diskussion, die den Kritikern und den Literaturkundigen Unaufmerksamkeit gegenüber einigen westeuropäischen und amerikanischen Schriftstellerndes XX. Jahrhunderts vorwerfen, haben insoweit recht, als bei uns in der UdSSR wie in den Ländern der Volksdemokratien der Kampf gegen die dekadente Literatur in den letzten Jahren oft zu ihrer formellen dekorativen Verurteilung ohne eine genaue und überzeugende Untersuchung, die eine kritische Erforschung des einen oder des anderen Schriftstellers voraussetzt, geführt hatte. Es gab Fälle, wo ernste Schriftsteller, die einen harten Weg des schöpferischen Suchens gegangen waren, auf dem es neben den großen Erfolgen auch Niederlagen und Stürze gab, zu "Dekadenten" erklärt wurden. Die Etikette eines Dekadenten wurde dem Schriftsteller oder dem Dichter angehängt, der sich nicht mit einem dogmatischen Schema begnügen konnte, das in unserer Arbeit manchmal anstelle des lebendigen und komplizierten Bildes des literarischen Prozesses verwendet wurde.

Man muß den Kampf gegen die Literatur der bourgeoisen Dekadenz verstärken und vertiefen, man muß jedoch auch die komplizierten Wege der Schriftsteller des XX. Jahrhunderts tiefer und gründlicher kennen lernen.

Viele Überlegungen der ausländischen, besonders der polnischen und tschechischen Genossen, über die Literatur des XX. Jahrhunderts, über die Bedeutung der sogenannten "modernistischen" Literatur (was oft nur eine erweiterte Bestimmung der zeitgenössischen Literatur der kapitalistischen Länder bedeutet) sprechen davon, daß die Literaturkundigen und die Kritiker größere Klarheit in die Geschichte der westeuropäischen und amerikanischen Literatur des XX. Jahrhunderts bringen müssen. In einigen Erklärungen werden diese Literaturen als etwas Ganzes, Einziges, betrachtet, während sie in Wirklichkeit ein völlig komplizierter Prozeß sind, an dem die Vertreter der verschiedensten literarischen Richtungen teilnehmen.

Die hitzigen Diskussionen dieses Jahres zeigten, wie viel die Kritiker, Literaturkundige und Spezialisten in den Fragen der Ästhetik tun müssen. Sowohl bei uns wie auch in den Ländern der Volksdemokratien wird die Theorie des sozialistischen Realismus schwach ausgearbeitet. Lange Zeit hindurch war die Entwicklung der sowjetischen Literaturkunde durch die Buchstabenlehre, durch methodische Schüchternheit und durch Dogmatismus gefesselt und in einem bedeutendem Maße durch die Scholastik angesteckt. Jetzt haben sich jedoch die notwendigen Möglichkeiten für die ernste Arbeit auf diesem Gebiete unserer Wissenschaft ergeben.

Die Diskussionen, die im Jahre 1956 geführt wurden, haben bereits neues Material für die Erlernung des Problems des nationalen spezifischen Charakters in der Methode des sozialistischen Realismus, der nationalen Eigenart der sozialistischen Literatur gegeben. Und das ist sehr wichtig, denn man kann die wichtigen Probleme der neuen Kunst kaum außerhalb der spezifischen Eigenart der nationalen Entwicklung eines jeden Landes untersuchen.

Das Material, das sich im Verlauf der Untersuchung der Fragen des sozialistischen Realismus in den Ländern der Volksdemokratie angesammelt hat, verlangt ein aufmerksames Studium und seine Verbreitung. Es wird dem fortschrittlichen ästhetischen Gedanken unserer Zeit bei der Festsetzung und Lösung der Grundprobleme der Ästhetik des sozialistischen Realismus behilflich sein.

Die Einwirkung des Personenkultes, die Äußerung des Dogmatismus, die Vulgarisierung und die Buchstabengelehrsamkeit haben den Literaten der Länder der Volksdemokratie und unseren sowjetischen Schriftstellern großen Schaden gebracht. Wir sind uns darüber im Klaren, daß infolge des Einflusses des Personenkultes unsere Literatur weniger getan hat, als sie

hätte tun können und sie hat vieles schlechter gemacht als erwartet wurde. Wir verschließen nicht die Augen vor diesen Mängeln, Unterlassungen und Schwächen, die die Steigerung der Kunst gebremst haben, jedoch wir wissen, daß sie das Wesen des sozialistischen Realismus nicht geändert haben und es nicht ändern konnten."

+++

Dieser sowjetische Beitrag zur Kulturdiskussion in den Volksdemokratien zeigt das tiefe Unbehagen der Sowjetführung über die Kräfte, die sich in den Ländern Zwischeneuropas zu regen beginnen, um die sowjetische Vormundschaft abzuschütteln und wahrhaft eigene Wege zu gehen. Dieser Artikel ist der Versuch, diese Entwicklung in den Volksdemokratien zu bremsen und kann als Appell an die Polit-Funktionäre dieser Länder gewertet werden, ihren Intellektuellen auf die Finger zu klopfen. Für uns als Deutsche aber dürfte der Aspekt am interessantesten sein, daß den sogenannten Dichtern der "DDR" in keinem Fall ein Tadel erteilt zu werden braucht. Im Machtbereich ULBRICHTs - das wird auch hier bewiesen - hat sich nichts geändert, und selbst die Schriftstellerei ist geblieben, was sie zu STALINs Zeiten war: ein literarisches Epigonentum ohne schöpferische Eigenheiten, ein Balancieren auf der Parteilinie, das jede Kunst von vornherein ausschließt.